

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 353 · 31. JAHRGANG · AUSGABE 2/2025 VOM 14. FEBRUAR 2025 · 1 EURO

7 | Von Bürgernähe  
keine Spur

Grundsteuer in der Gemeinde Schorfheide

9 | Palästinensisch-israelischer  
Dok-Film »No Other Land«

Zeugen des Unrechts

13 | Wehrmachtsjustiz  
in Bernau

Zur Erinnerung und Mahnung!

## Schönes Land

*Deutschland war ein schönes Land.  
Doch heute sagt mir mein Verstand.  
Irgendwas läuft aus dem Ruder.  
Da hilft in keinem Falle Puder.*

*Kosmetisch ist da nichts zu machen.  
Nützlich wären ganz andere Sachen.  
Bisherige Politik ist zu beenden.  
Auch beim Personal muß sich was ändern.*

*Doch was steht denn zur Wahl?  
Die Kandidaten - eine Quall!  
Nach dem Alleskönner Scholz - kein Scherz,  
Folgt als Bundeskanzler vielleicht Herr Merz.*

*Auch er will weiter Waffen schicken,  
Will fürchterlich den Iwan zwicken.  
Stürzen auch bei uns die Brücken ein  
Gegen Putin müssen wir Sieger sein.*

*Geht die Wirtschaft auch bankrott  
Wir halten fest an dem Komplott.  
Auch die anderen Demokraten,  
Zur Fortsetzung des Krieges raten.*

*Die, vehement dagegen sind,  
Werden diffamiert und überstimmt.  
Bleibt Volksherrschaft ein leeres Wort.  
Schwimmen Deutschland alle Felle fort.*

RAINER KROBOTH

## Parallelen

»Jeden Tag aufregendere Nachrichten über die russischen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland«, schrieb VICTOR KLEMPERER am 24. August 1936 in seinem Tagebuch. »Will man auf unserer Seite den Krieg, ist es soweit, daß man ihn wollen muß, um eine Ablenkung und einen Ausweg zu schaffen?«

Und die Propaganda wirkte. »Interessant war mir und charakteristisch für den Kleinbürger die Angst vor Rußland«, notierte er zwei Wochen später am 5. September 1936. Die Kleinbürger, so seine Beobachtung, »nehmen alles in Kauf aus Angst vor Rußland«.

Knapp fünf Jahre später überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion.

Derzeit soll es noch vier Jahre dauern. 2029 soll die BRD »kriegstüchtig« sein, wie es Kriegsminister Boris Pistorius ausdrückt. Er nennt es nicht »Vierjahresplan«. Dennoch drängen sich die Parallelen auf...

GERD MARKMANN



## Jeden Tag Fußball-WM

Eberswalde (bbp). Die Fraktion »Alternative für Deutschland« (AfD) in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde hat zur Sitzung der Stadtverordneten am 13. Februar (nach Redaktionsschluß) eine Beschlussvorlage eingereicht, wonach »das Rathausgebäude ... sowie sämtliche öffentliche Einrichtungen der Stadt Eberswalde dauerhaft« mit der Staatsflagge der BRD, der Flagge des Landkreises Barnim und der Flagge mit dem Wappen der Stadt Eberswalde »sichtbar zu beflaggen« sein soll. Und zwar »mindestens von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang«.

Unterschrieben ist die Beschlussvorlage vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Matthäus Mikolaszek und seinem Fraktionskollegen Maximilian Fritsche. Laut deren Auffassung soll mit dem Ansinnen ein »selbstbewußter Umgang mit unserer Deutschlandfahne« erreicht werden.

Fritsche und Mikolaszek beziehen sich dabei auf »annähernd 800 Jahre« Stadtgeschichte und meinen: »Mit einer dauerhaften Beflagung wird die Verbundenheit mit unserer Geschichte als Deutsche sowie als Teil der regionalen Identität bekräftigt«.

Allerdings ist diese sogenannte »Deutschlandfahne« erst seit 1919 Staatsflagge, mit ei-

ner Unterbrechung zwischen 1933 und 1949. Die Farben Schwarz, Rot und Gold gehen auf das Lützowsche Freikorps in den Befreiungskriegen gegen Napoleon von 1813/14 zurück. In der DDR enthielt diese Staatsflagge ab 1959 bis 1990 zudem das bekannte Emblem mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz. Die Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Runden Tisches hatte 1990 als neues Emblem die Darstellung »Schwerter zu Pflugscharen« vorgesehen. Dazu kam es infolge des schnellen Beitritts der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 dann aber nicht mehr. Die schwarz-rot-goldene Flagge steht insofern für die bürgerlich-demokratische Periode in der deutschen Geschichte und reicht nicht 800 Jahre, sondern maximal 212 Jahre zurück.

Zu den öffentlichen Gebäuden gehören nicht zuletzt Kitas und Schulen in städtischer Trägerschaft. Dort müßten zur Umsetzung des Vorschlags zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden, die zum Sonnenauf- und Sonnenuntergang die Flaggen aufziehen bzw. einziehen.

Ob mit den Kita-Kindern und Schülerinnen und Schüler ein täglicher Fahnenappell durchgeführt werden soll, wird in der Vorlage nicht thematisiert.

## Was kommt da geflogen?

Der Ernst des Lebens kann anstrengend sein. ERICH VAD, Ex-General und Merkel-Sicherheitsberater, hat ein Buch geschrieben: »Ernstfall für Deutschland – Ein Handbuch gegen den Krieg«.

Er weiß, wovon er spricht, und erklärt, was die Uhr rein kriegsfalltaktisch zeigt, wenn die deutsche Außenpolitik weiter so willfährig zugunsten der US-Besatzer tickt, und uns als Zielscheibe für die Russen profiliert. Die Chancen auf unangenehme Geschenke aus dem Himmel sind dabei mindestens so groß, wie es uns wichtiger ist, Nazis ausfindig zu machen, die sich verkleidet haben, um sie dann mit Transparenten zu verschleiern, statt den offen agierenden Kriegsgewinnlern Berufsverbot zu erteilen.

Prompt greift auch MARTIN WEHRLE, ein vorzüglicher Coach, in seinem Kanal das Thema auf und spricht über verbindenden sozialen Kontext zur diesen existentiellen Fragen. Nach geltender Lesart waren die Nazis die Kriegstreiber, die den zweiten Weltkrieg mit einem fingierten Überfall auf den Radiosender Gleiwitz (Schlesien) anzettelten. Dieses Szenario wurde in dem zur staatskonformen Schulungseinrichtung umgewidmeten Bauhaus-Ensemble in Bernau entwickelt, das ab 1936 als »Reichsführerschule der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront« (DAF) fungierte.

Doch 80 Jahre nach Kriegsende dreht der Zeitgeist die Prioritäten um. Moderne Menschenschänder nutzen das Vergessen der Generationen und preisen einen Krieg süffisant als unausweichlich an. Die Zivilgesellschaft wird bombensicher gen Osten eingeschworen – das Gefängnis für unser Denken ist schon im Bau.

Und alle Demokraten helfen mit. Mandatsträger des Politikbetriebs, die im Ernstfall beim Krieg nicht hingehen müssen, ereifern sich gegenseitig bei der Verteidigung gegen die Russen, die hier und jetzt zwar keiner braucht, aber sehr viel Geld kostet und nicht ganz zufällig ebenso satte Gewinne bringt.

Und für wen? Bekanntermaßen bekommen davon die Reichen und Schönen immer mehr Kohle und die Arbeiter bekommen einen krisensicheren Arbeitsplatz – zumindest, bis sie zum Militär eingezogen werden. Das alles muß man sich gar nicht mehr ausdenken – denn das hatten wir alles schon.

Doch um die aktuellen russophoben Denkvorschriften wieder aufzulösen, bietet sich nun eine Möglichkeit an: Die Bundestagswahl.

Das gilt gerade auch für diese Gegend, die seit Kaisers Zeiten vor Geheimlaboren, militärischen Führungsständen und Übungsplätzen nur so strotzt.

Der märkische Sand ist nun mal seit je her ein sehr attraktives Ansiedlungsgebiet und ich kenne keine Gründe, warum sich das geändert hätte. Sie vielleicht?

THOMAS TOBLER

youtube-link [og7de/h3wu](https://www.youtube.com/watch?v=og7de/h3wu)

## Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Eberswalde/Bernau (bbp). Am 27. Januar wurde in Eberswalde und Bernau anlässlich des bundesweiten Gedenktages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, die sich in diesem Jahr zum 80. Mal jährt, an die Opfer des Faschismus erinnert.

In Bernau legte im Rahmen einer feierlichen Zeremonie Bürgermeister André Stahl und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Péter Vida neben vielen anderen Teilnehmern gemeinsam einen Kranz am OdF-Ehrenmal am Bahnhof Bernau nieder (Foto links). Die Verbrechen der Nazizeit machten vor Bernau und den umliegenden Gemeinden keinen Halt.

Auch in Eberswalde wurde am 27. Januar der Opfer des Faschismus gedacht (Foto re.). Bürgermeister Götz Herrmann legte zu diesem Anlaß gemeinsam mit dem Ersten Beigeordneten des Landkreises Barnim Holger Lampe im stillen Gedenken Blumen am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-

Platz in Eberswalde nieder. Der Einladung des Stadtoberhaupts waren auch die Vertreter von verschiedenen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung sowie der übrigen Zivilgesellschaft gefolgt. Schon seit vielen Jahren wird in Eberswalde an diesem Tag – neben dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus im September – zum stillen Gedenken aufgerufen, damit aktuelle und künftige Generationen an die Geschehnisse, die vielen Toten, Verwundeten und Vertriebenen während der Zeit des Faschismus erinnert werden.

Der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum offiziellen Gedenktag in Deutschland ernannt. »Insbesondere aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ist es wichtig, die Verbrechen des NS-Regimes nie zu vergessen oder zu verharmlosen«, heißt es in der Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung.



Foto: THOMAS TOBLER

Foto: FLORIAN HELMANN (STADT EBERSWALDE)

80. Jahrestag der Befreiung:

## An Eberswalder Heldinnen erinnern

In Sachen Barrierefreiheit tut sich etwas. Die von uns angesprochenen Mängel wurden zur Kenntnis genommen und erste Maßnahmen sind bereits in Planung. Das begrüßen wir sehr.

Das Treffen der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR im Januar nutzten wir zur Beratung von Vorschlägen, die wir in den nächsten Monaten einbringen wollen. Ein wichtiges Anliegen ist die Wiedereinrichtung von Ortsteilvertretungen in den städtischen Ortsteilen von Eberswalde, beginnend mit dem Brandenburgischen Viertel.

Anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 80 Jahren beteiligte sich unsere Fraktion an dem Gedenken der Stadt am OdF-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz. Im April jährt sich auch die Befreiung von

Eberswalde durch Truppen der sowjetischen 61. Armee und die Zerstörung der Innenstadt durch deutsche Bomber zum 80. Mal.

Zuvor hatten am 21. April 1945 mehr als 100 Frauen vor dem Eberswalder Wehrbezirkskommando die kampfbefreite Übergabe der Stadt gefordert. Sie demonstrierten für den Frieden, obwohl verbohrte Nationalisten Maschinengewehre auf sie richteten.

Um an diese mutige Tat zu erinnern, regen wir an, den Eberswalder Heldinnen endlich ein Denkmal zu widmen. Damit greifen wir einen Vorschlag aus dem Jahr 2019 auf. Zugleich sollte zeitnah das Vorhaben umgesetzt werden, nach Anna Neumann, die damals zu den Organisatorinnen der Eberswalder Frauendemo gehörte, eine Straße zu benennen.

MIRKO WOLFGGRAMM

**+++ Achtung! Achtung! +++ Am 23. Februar wird der Deutsche Bundestag neu gewählt +++**  
Zur Auswahl stehen mindestens vier extremistische Kriegsparteien, zwei oder drei etwas weniger radikale Kriegsparteien und bestenfalls eine Friedenspartei mit einer gewissen Aussicht, es über die Fünf-Prozent-Hürde und damit in den Bundestag zu schaffen.

## Neu-MdL eröffnet Wahlkreisbüro

**Eberswalde (bbp).** Am 11. Februar hat **ANDRÉ VON OSSOWSKI, der Eberswalder Landtagsabgeordnete vom Bündnis Sahra Wagenknecht für Vernunft und Gerechtigkeit, in der Eisenbahnstraße 46 in Eberswalde sein Wahlkreisbüro eröffnet.**

André von Ossowski, 1960 in Berlin-Mitte geboren, ist verheiratet und hat zwei Töchter. Fast 35 Jahre war er als Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Eberswalde tätig, bevor er nach der Landtagswahl am 22. September 2024 über die Liste des BSW für Vernunft und Gerechtigkeit als Abgeordneter in den Brandenburger Landtag gewählt wurde. Dort ist er inzwischen Mitglied des Wahlprüfungsausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, Mitglied des Sonderausschusses für Bürokratieabbau, parlamentarisches Mitglied des Richterwahlausschusses und Mitglied in der G10-Kommission\*.

Als erbitterter Gegner der höchstumstrittenen Arbeitsgerichtsreform setzte er sich gegenüber der damaligen Justizministerin Hoffmann (CDU), letztlich höchstrichterlich beim Richterdienstgerichtshof Brandenburg rechtskräftig gegen seine rechtswidrige Versetzung durch. Somit konnte die Schließung des Arbeitsgerichtes Eberswalde verhindert werden.

André von Ossowski wurde damals durch die Fraktion der BVB/ Freien Wähler als Kandidat für das Landesverfassungsgericht aufgestellt. Im Wahlgang unterlag er mit einem respektablen Ergebnis dem Kandidaten der damaligen Koalition.

»Das Verhalten der damaligen Justizministerin verstand ich als Angriff auf ein dem Gewaltenteilungsgrundsatz unterworfenen Demokratiesystem«, erläutert André von Ossowski. »Das führte schließlich zur Initiative, mich als Kandidat für den Brandenburger Landtag aufstellen zu lassen.«

Im neuen Wahlkreisbüro stehen er und sein Mitarbeiter nun regelmäßig der Diskussion zu landespolitischen Fragen oder Kritiken der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Das Büro ist künftig dienstags von 10 bis 16 Uhr, donnerstags von 13 bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung geöffnet (Telefon: 03334/3801558).

\* G10-Kommission: Nach Artikel 10 Grundgesetz und dem entsprechenden Brandenburgischen Ausführungsgesetz darf das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Bundeslandes ohne Mitteilung an den Betroffenen nur eingeschränkt werden, wenn die G10-Kommission die Maßnahme überprüft hat. Das Innenministerium ist verpflichtet, die G10-Kommission unverzüglich über die angeordneten Maßnahmen (z.B. Abhören von Telefongesprächen) grundsätzlich vor deren Vollzug zu unterrichten, bei Gefahr in Verzug auch bis zu einer Woche später. Hält die Kommission diese Anordnung für unzulässig oder nicht notwendig, hat das Ministerium sie unverzüglich aufzuheben. Die Kommission besteht aus der/dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die von den Fraktionen vorgeschlagen und vom Landtag für die Dauer einer Wahlperiode gewählt werden.

### Wahlkreisbüro MdL Jenny Meyer

Am 20. Februar, 11 Uhr eröffnet die Bernauer BSW-Landtagsabgeordnete JENNY MEYER ihr Wahlkreisbüro für den Landkreis Oberhavel in Hennigsdorf, Hradeker Str. 9A.

Bürozeiten: Mi und Do 10-14 Uhr sowie nach Vereinbarung, Tel 015204622719.

Für den Landkreis Barnim ist entsprechend der Absprachen in der BSW-Landtagsfraktion der Eberswalder MdL André von Ossowski zuständig.

## Wozu US-Mittelstreckenraketen?

Der Wumms-Kanzler hatte vor etwa einem Jahr so ganz nebenbei den Befehl der Washingtoner Herren verkündet, demnächst auf deutschem Territorium US-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper zu stationieren. Doch selbst wenn man die Erzählungen über eine angebliche Bedrohungslage für bare Münze nimmt, gibt es offensichtlich gar keine militärische Notwendigkeit für die geplante Raketenstationierung.

Damit soll, so heißt es, auf Bedrohungen durch russische Mittelstreckenwaffen reagiert werden. Ähnliche Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 5.500 Kilometern können von russischem Territorium aus ganz Europa abdecken. Das ist soweit richtig. Und nach der Aufkündigung des entsprechenden Abkommens durch die USA hat Russland auch erklärt, daß sie sich die Entwicklung und Stationierung solcher Raketen vorbehält. Allerdings ist die Behauptung falsch, daß als Reak-

tion auf die Reaktion nun die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der BRD notwendig wären. Denn die Fähigkeiten, mit Mittelstreckenwaffen Moskau zu erreichen, gibt es schon jetzt. Ähnliche Raketen und Marschflugkörper, die in der BRD stationiert werden sollen, sind bereits auf U-Booten installiert und könnten bei Bedarf vom Nordatlantik oder der Nordsee aus gegen Ziele in Rußland eingesetzt werden.

Der einzige »Nutzen« der Stationierung der US-Raketen wäre, daß diese Raketen die BRD zur potentiellen Zielscheibe machen. Bei einem potentiellen Erstschlag mit den U-Boot-Raketen würde ein ähnlicher Zweitschlag mit Ziel USA folgen. Das wollen die USA nicht.

Strategisches Ziel dieser Raketenstationierung scheint also zu sein, einen Atomkrieg auf Europa und hier insbesondere auf das Territorium der BRD zu begrenzen.

GERD MARKMANN

## Gewaltig

Viele von Ihnen erinnern sich gut daran, wie das Volk vor fünfunddreißig Jahren die staatliche Gewalt vollständig und friedlich erlungen hatte. Die Menschen in unserem kleinen Land verbrüderten sich und forderten eine friedliche Konfliktlösung. »Keine Gewalt« war die Devise. Darauf können Sie immer noch stolz sein. Das gab es in Deutschland noch nie, die gesamte Gewalt lag für eine Weile tatsächlich in den Händen des Volkes.

Die Schwestern und Brüder konnten nicht verstehen, wie diese hochgerüstete Armee, die motivierten Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die offizielle und inoffizielle Staatssicherheit und die dienstfertigen Parteigenossen ihre Gewalt einfach aus den Händen gelegt hatten. Maschinengewehre und Pistolen blieben in den Waffenkammern. Nicht zu fassen. Welch ein Wunder und welche große Tat!

Was ist aus der Gewalt geworden? Wurde sie höflich und zuvorkommend behandelt? Wo ist sie jetzt? Was macht sie so? Hierzu findet sich im Grundgesetz: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«

Friedlich und voller Zuversicht hatte das Volk seine frisch erworbene Staatsgewalt vertrauensvoll in die Hände der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung gelegt, wohl wissend, daß diese die Gewalt nach ihren Regeln ausüben und die Gewalt sich auch gegen jede Frau und jeden Mann richten wird.

Nach fünfunddreißig Jahren wird es höchste Zeit, nach der Gewalt zu sehen. Alle Gewalt geht vom Volke aus, um sich dann bei der Obrigkeit aufzuhalten. Ausgehend von den Parlamenten verteilt sich die Gewalt über Institutionen und Organisationen in Amtsstuben und Hinterzimmer, mäandriert durch Abläufe und sickert durch Verfahren, nistet in Gesetzen, Verordnungen, Runderlassen und Rechenprogrammen und findet ein zweites Leben in künstlicher Intelligenz, bei Polizei, Armee und Geheimdienst. In jeder Instanz bleibt ein bißchen von der Gewalt hängen. Die verteilte Gewalt durchdringt alle Teile des Staates, verselbständigt, überlagert und verbündet sich natürlich zum Wohle des Volkes. Völlig fertig, ausgelaugt, abgenutzt und zerfleddert kehrt nur ein Teil der Gewalt zum Volk zurück.

Das geht so lange gut, bis die Gewalt überall verteilt ist und für das Volk nichts mehr übrig bleibt. Überlegen Sie sich die Sache gut, Ihre Gewalt könnte in der wertebasierten Staatsraison großes Chaos und Schaden anrichten. Passen Sie bei den Wahlen gut auf den kläglich Rest Ihrer Gewalt auf!

Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF | 3

## NEIN zur Bezahlkarte

Im April 2024 hat die Bundesregierung beschlossen, die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete deutschlandweit einzuführen. Betroffen sind davon Geflüchtete, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Wer genau die Bezahlkarte bekommt, entscheidet der Landkreis. Anstelle von Bargeld oder direkter Überweisung auf ein eigenes Konto sind geflüchtete Personen nun dazu gezwungen, mit der Bezahlkarte zu zahlen. Dabei ist die Abhebung von Bargeld mit 50 Euro im Monat pro Erwachsenen und 25 Euro pro Kind stark begrenzt. Überweisungen erfordern eine zusätzliche Genehmigung. In Brandenburg wurde die Bezahlkarte bereits im Landkreis Märkisch-Oderland umgesetzt. Im Barnim soll sie ab Februar eingeführt werden.

Die Bezahlkarte schränkt Menschen in ihrem Alltag ein und ist diskriminierend. Sie verhindert, daß betroffene Personen frei über ihr Geld verfügen können und macht ihr Leben unnötig schwerer. Insgesamt würde die Bezahlkarte die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen im Landkreis Barnim einschränken. Ein Leben mit Bezahlkarte bedeutet unter anderem keine Flohmärkte und Secondhandshops, keine Online-Einkäufe, kein Taschengeld für den Schulausflug, keine Süßigkeiten am Kiosk, keine Mitgliedschaften bei Sportvereinen, kein Geld in die Heimat schicken können. Mit der Einführung der Bezahlkarte wird auf rassistische Symbolpolitik gesetzt. Diese folgt rechtspopulistischen Forderungen und verstößt gegen die Menschenwürde. Statt Lösungsansätze schafft die Bezahlkarte ein System der Kontrolle und Überwachung.

### Deshalb: NEIN zur Bezahlkarte im Barnim!

Unser Ziel ist die Abschaffung der Bezahlkarte! Bis dahin sollen solidarische Menschen die Guthaben auf der Bezahlkarte gegen Bargeld tauschen. Wie das funktioniert?

**TAUSCHORT:** Betroffene Menschen können in Supermärkten Einkaufsgutscheine mit der Bezahlkarte kaufen. An Tauschorten können die gekauften Gutscheine gegen Bargeld eingetauscht werden. Solidarische Menschen tauschen ihr Bargeld gegen einen Supermarkt-Gutschein.

**PATENSCHAFT:** Solidarische Menschen bilden mit Betroffenen Einkaufspatenschaften. Sie verabreden sich zum gemeinsamen Einkaufen. Die Betroffenen bezahlen den Einkauf mit ihren Bezahlkarten und bekommen von den solidarischen Menschen den Einkaufswert in Bargeld.

Wir, ein breites Bündnis lokaler, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen im Barnim, lehnen die Bezahlkarte strikt ab. Wir fordern den Landkreis Barnim auf, die Bezahlkarte nicht einzuführen. (gekürzt)

Initiative »Nein zur Bezahlkarte Barnim«

## Basketball am Bernauer Wasserturm

**Bernau (bbp).** Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hat für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantragt, das Basketballfeld am Bernauer Wasserturm für einen dauerhaften Betrieb zu reaktivieren. Die Fraktion bemängelt den sehr schlechten Zustand des Feldes und die völlig fehlenden Körbe.

»Der Basketballplatz am Wasserturm war noch vor 15 bis 20 Jahren eines der meistbespielten Felder in unserer Stadt«, sagt der Stadtverordnete Jan Heide. »Leider ist er jetzt durch mangelnde Pflege in so einem maroden Zustand, daß er praktisch nicht benutzbar ist. Wenn der Basketballplatz wieder in Betrieb geht, wäre das sowohl für den Schulunterricht als auch für den Sport in der Freizeit ein Gewinn.«

## Sporthalle im Brandenburgischen Viertel ausgebucht

**Eberswalde (bbp).** Die AWO-Sporthalle in der Schorfheidestraße ist bis Ende Februar weitgehend ausgelastet. So die Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn. Im November hatte er angefragt, inwieweit eine Nutzung der AWO-Sporthalle möglich oder inwieweit der Bau »einer neuen Mehrzweckhalle aus Bestandsimmobilien« geplant sei. Der RUNDE TISCH SPORT habe festgestellt, daß es zu

bestimmten Zeiten zu wenig Sporthallenkapazitäten gebe.

Die AWO-Halle könne von Vereinen, teilte der städtische Dezernent Bernd Schlüter mit, »gerne genutzt werden und dies geschieht auch«. Bis Februar 2025 sei die Halle jedoch ausgelastet. »Der Bau einer weiteren Mehrzweckhalle ist derzeit nicht in Planung«, so der Dezernent abschließend.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler möchte mit dem Antrag der sportbegeisterten Stadt Bernau mit ihrem herausragenden Basketballverein LOK gerecht werden und sportliche Aktivitäten für alle weiter fördern. Deshalb soll der Zugang zum Basketballfeld am Wasserturm auch jedermann außerhalb des Schulbetriebes ermöglicht werden.

Der Fraktionsvorsitzende Jan Bernatzki ergänzte: »Jede nutzbare Sportanlage bringt angesichts der knappen Kapazitäten für den Vereins- und Freizeitsport in Bernau eine Entlastung. Zudem kann der gesamte Nutzungsbereich um das Basketballfeld am Wasserturm eine schöne Aufenthaltsmöglichkeit für Jugendliche bieten, um sich im Freien zu treffen und bei sportlichen Aktivitäten auszuholen.«

## Kriterien für Freiflächen-Photovoltaik

**Schorfheide (bbp).** Die Fraktion FRISCHER WIND FÜR SCHORFHEIDE hat für die Gemeindevertretersitzung am 26. Februar beantragt, einen Kriterienkatalog für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu erarbeiten.

Unter der Überschrift »Regeln gegen Wildwuchs« soll der Gemeinde auf der Grundlage der »Handreichung Planungskriterien für Photovoltaik-Freiflächenanlagen« der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim ein gemeindeeigener Kriterienkatalog für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Erarbeitung sieht die Fraktion eine umfassende Bürgerbeteiligung vor, deren Ergebnisse in der zu beschließenden »Richtlinie für die Anwendung von Kriterien bei der Beurteilung und der Genehmigung von Planungsvorhaben bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen« einfließen sollen.

»Photovoltaik (PV) ist eine der erneuerbaren staatlich geförderten Energien, welche Deutschland die Abkehr von fossilen Energieträgern ermöglichen soll«, stellt der Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Steiner fest. Die Gemeinde Schorfheide sei bereits Standort einer großen PV-Freiflächenanlage und es gab bereits weitere Anfragen. Es sei anzunehmen, »daß das Ausmaß der Anfragen zu entsprechenden Vorhaben sich noch wesentlich ausweiten wird. Den Investoren bzw. Betreibern solcher Anlagen

winken hohe Profite. Dabei bergen neue PV-Freiflächenanlagen ein hohes Konfliktpotential. Wirtschaftliche Vorteile weniger Grundeigentümer durch die Umnutzung privater landwirtschaftlicher Flächen sowie eine mögliche Beteiligung der Gemeinde an den Erlösen der Unternehmen stehen einer Verminderung der Lebensqualität durch Beeinträchtigung einer naturnahen Landschaft und ländlichen Struktur, wie von einer Mehrzahl der Einwohner als wichtig angesehen, entgegen. Auch die Abwertung des Wohnumfeldes und der privaten Grundstücke ist ein wichtiger Aspekt. Bei Nichtbeachtung dieser Zusammenhänge drohen Spaltung und Polarisierung der Bevölkerung.«

In Bebauungsplanverfahren für PV-Freiflächenanlagen entfällt gemäß den gesetzlichen Vorgaben weitgehend die sonst übliche Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Damit fehlt die kontrollierende und korrigierende Wirkung insbesondere der unteren Landesbehörden, die die Einhaltung gewisser Mindeststandards zum Schutz von Anliegern und Umwelt sicherstellen können.

Um diesen Landesbehörden dennoch eine Mitsprache zu ermöglichen, müssen die Gemeinden eigene Vorschriften beschließen, »in welchem Umfang Interessen von Anliegern, der Allgemeinheit und des Landschafts- und Umweltschutzes berücksichtigt werden sollen«.

## Der »richtige« Umgang mit Abfällen

Die kreiseigene »Barnimer Dienstleistungsgesellschaft« (BDG), zuständig für die Müllabfuhr im Landkreis, und der Landkreis haben eine »Kampagne zum richtigen Umgang mit Abfällen« gestartet, berichtete Ende Januar die lokale Tageszeitung. Die Bürgerinnen und Bürger gingen also nach Auffassung des Landrats und seiner Angestellten in den Barnimer Kreiswerken (zu denen die BDG gehört) bisher nicht »richtig« mit Abfällen um. Auf diese indirekte Unterstellung wird im Artikel nicht weiter eingegangen. Vielmehr wird informiert: »Den Anlaß dafür gaben die Anfang 2024 in Kraft getretenen Gebühren.«

Das ist Klartext. Es geht also gar nicht um den »richtigen Umgang mit Abfällen«, sondern um die Rechtfertigung der neuen Gebühren. Deshalb wird den Bürgerinnen und Bürgern pauschal und ohne sachliche Begründung unterstellt, daß sie unsensibel »hinsichtlich des korrekten Umgangs mit Abfällen« seien.

Der Kreiswerke-Chef Christian Mehnert behauptet allen Ernstes, daß der »richtige Umgang mit Abfällen« den Bürgern Kosten spare und zugleich zum Klimaschutz beitrage. Der Mann vergißt schlicht, daß jedem eine Mindestmenge an Restmüll unterstellt wird, die zu bezahlen ist, ob man diese Mindestmenge erreicht oder nicht. Das ist pure Verhöhnung all jener, die brav ihren Müll trennen und trotzdem für nicht anfallenden Restmüll zahlen. Meine Familie hat diese vorgeschriebene Mindestmenge, seit es die gibt, noch nie erreicht. Wir haben also immer pauschal für die Entsorgung von Müll bezahlt, der bei uns gar nicht angefallen ist.

Und jetzt wollen mich der Landrat Kurth und sein Kreiswerke-Chef Mehnert agitieren, das zu tun, was ich seit Jahrzehnten tue? Und das nur, um die höheren Gebühren zu rechtfertigen, die wahrscheinlich anders nicht zu rechtfertigen – also ggf. unrechtmäßig – sind?

Da wird auf eine Analyse des Umweltbundesamtes verwiesen, wonach rund 60 Prozent der Abfälle, die in der Restmülltonne landen, dort nicht hingehören, aber ohne konkrete Daten für den Landkreis Barnim zu nennen. Die »richtige« Mülltrennung sei »nicht nur eine Möglichkeit zur Kostenersparnis, sondern trägt auch aktiv zum Klimaschutz bei. Werden

Abfälle nicht als Restabfall verbrannt, sondern richtig getrennt, bleiben uns viele wertvolle Ressourcen erhalten«, erklärt Mehnert. Das hört sich schön an.

Tatsächlich dürfen aber auch »Leichtstoffverpackungen« (Grüner Punkt/Gelbe Tonne) thermisch verwertet, also verbrannt werden. Wo unser »Grüner-Punkt-Müll« hingehet, wissen wir nicht. So kann vermutet werden, daß die Abfälle der »gelben Tonnen« letztlich zusammen mit dem Restmüll der »schwarzen Tonnen« im gleichen Ofen landen.

Vielleicht wissen das die Hauswarte hiesiger Wohnungsunternehmen. Wie sonst kann erklärt werden, daß regelmäßig die schon nach kurzer Zeit völlig überfüllten gelben Tonnen zwischen den Abholzyklen geleert werden, indem große Teile der »Leichtstoffverpackungen« aus den gelben Tonnen in die nur sehr mäßig gefüllten Restmüll-Tonnen umgelagert werden? Letztere müssen schließlich sowieso bezahlt werden, selbst wenn sie leer sind.

Nur deshalb ist »Restabfall ... der kostenintensivste Abfall«, wie Mehnert bemerkt. Die Kosten für die Entsorgung von Leichtverpackungen (Grüner Punkt) bezahlen wir bereits beim Einkauf. Allerdings reichen die Entsorgungsmöglichkeiten nicht aus bzw. die entsprechende Entsorgung ist schlecht organisiert, so daß sich bestimmte Wohnungsunternehmen nur zu helfen wissen, indem sie Leichtverpackungen in Größenordnungen in die ansonsten fast leeren Restmüll-Tonnen werfen. Somit bezahlen wir den Grünen-Punkt-Müll faktisch zweimal. Wer ist dafür



Foto: Gerd Markmann

zuständig, daß für die Entsorgung der Leichtverpackungen (Grüner Punkt) ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen? Wohl der Landrat als untere Abfallbehörde.

Ob die kostenfrei angebotenen braunen Biomüll-Tonnen tatsächlich durch die Vermarktung des Kompostmaterials finanziert werden können, darf – bis zur Vorlage eines Gegenbeweises – wohl bezweifelt werden. Wahrscheinlich wird hier innerhalb der BDG quersubventioniert. Zumindest in den ländlichen Teilen des Barnimer Landkreises einschließlich der Einfamilien- oder Reihenhaussiedlungen mit Garten dürfte kaum Bedarf an so einer »braunen Tonne« bestehen, weil doch – wie einst schon Herricht & Preil feststellten – »jeder Gärtner in seinem Garten einen Haufen macht«. Ich kompostiere meine Grünabfälle übrigens mangels Garten in einer Wurmbox auf dem Balkon und ernte wertvollen Kompost für meine Grünpflanzen in der Wohnung und für die Pflanzkästen auf dem Balkon. Eine solche Regenwurmfabrik funktioniert sogar hygienisch unbedenklich in der Wohnung.

Ja, es stimmt. Abfälle sollten »richtig« getrennt werden. Aufklärung dazu kann gewiß nicht schaden. Aber es stimmt nicht, daß damit die einzelnen Bürgerinnen und Bürger Kosten sparen könnten. Diese Mär darf ohne weiteres ins Schubfach Agitation & Propaganda des Landrats abgelegt werden.

GERD MARKMANN

## Korrupter Ex-Bürgermeister?

Eberswalde (bbp). Friedhelm Boginski, einst Eberswalder Bürgermeister und seit 2021 FDP-Bundestagsabgeordneter, schrieb auf seinem X-Kanal zur Abstimmung über den CDU-Antrag zur Remigration: »Rot-Grün steht für einen Wechsel in der Migrationspolitik nicht bereit. Das Problem war heute nicht, daß die AfD mitstimmte, sondern, daß Rot-Grün es nicht tat. Demokraten können ihr Handeln nicht von dem der AfD abhängig machen. Kein Bürger verstehe das.« Boginski hat offenbar für den CDU-Antrag gestimmt.

Fast zeitgleich verlor Boginski, der in diesem Jahr am Jahrestag der russischen Oktoberrevolution seinen 70. Geburtstag feiert,

seine Immunität, die ihm als Bundestagsabgeordneter zusteht. Hintergrund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Neuruppin wegen des Verdachts der Bestechlichkeit. In seiner Zeit als Bürgermeister soll der FDP-Politiker einen Investor bevorzugt haben, welcher der FDP mehrere Parteispenden überwiesen hatte. Die Aufhebung der Immunität ist Voraussetzung dafür, daß die Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen Boginski Anklage am Landgericht Frankfurt (Oder) erheben kann.

**Barnimer Bürgerpost  
abonnieren!**  
eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

## FDP will in den Bundestag

Eberswalde (bbp). Die Wahlkreisversammlung der FDP für den Wahlkreis 57 Uckermark-Barnim I wählte einstimmig Mike Menzel aus Wandlitz (Barnim) zum Direktkandidaten.

Der Metallbaumeister und Geschäftsführer einer Glaserei mit über 40 Mitarbeitern ist Ortsvorsitzender der FDP Niederbarnim und seit über 15 Jahren bei den Freien Demokraten aktiv. Im Fall seiner Wahl will Menzel »eine starke Stimme für Freiheit und Demokratie« sein »verbunden mit Erfahrung in der Wirtschaft«. Er sehe die täglich aktuellen Probleme und kenne »die Herausforderungen von der Basis her«. Der Kandidat zeige, so der Kreisvorsitzende Martin Hoeck, »wofür die FDP steht, nämlich für individuelle Aufstiegschancen«.

## Feigheit im Amt

*Biden rehabilitiert Ethel Rosenberg nicht*

Seit Jahrzehnten kämpfen Robert und Michael Meeropol, die Söhne von Ethel und Julius Rosenberg, um die Rehabilitierung ihrer Eltern, die unter dem Vorwurf der Atomspionage 1953 Opfer eines Justizmordes wurden. Sie haben viele Dokumente zusammengetragen, die die Unschuld der Rosenbergs belegen und an Präsident Biden appelliert, zum Ende seiner Amtszeit wenigstens Ethel Rosenberg von aller Schuld freizusprechen oder zu begnadigen. In der Zeitschrift The Nation vom 2. Januar schreibt Phillip Deery<sup>1</sup>:

»Präsident Biden sollte Ethel Rosenberg begnadigen. Anders als (in Teilen der historischen Forschung, H.L.) angenommen, ist die Schuld von Ethel Rosenberg nicht erwiesen, denn das Gardner Memorandum entlastet sie, was das FBI zum Zeitpunkt ihrer Hinrichtung wusste. Jetzt ist es an der Zeit, ein historisches Unrecht zu korrigieren. Jetzt ist es an der Zeit, daß Joe Biden sie vollständig entlastet oder wenigstens begnadigt. Wahrheit und Gerechtigkeit würden dadurch bewahrt.«

Jennifer Meeropol, die Enkelin von Ethel und Julius Rosenberg und Vorsitzende des Rosenberg Fund for Children<sup>2</sup> schreibt:

»Wir sind tief enttäuscht, daß Präsident Biden es versäumt hat, Ethel Rosenberg freizusprechen. Das ist für meine Familie eine persönliche Enttäuschung, aber auch eine politische. Trotz der erdrückenden Beweise, daß Ethel Rosenberg keine Spionin war und die Regierung das wusste, bevor Ethel Rosenberg verurteilt und hingerichtet wurde, hat Präsident Biden nicht den Mut gehabt, die falsche Handlungsweise der Regierung zuzugeben und sich dafür zu entschuldigen...«

Wir danken für die Unterstützung von Tausenden, die unsere Petition unterzeichnet und Briefe an das Pardon Office (Amt für Begnadigung) unterzeichnet haben...

Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende...«

HARTMUT LINDNER

1 – Phillip Deery ist australischer emeritierter Professor für Geschichte und Verfasser von Büchern über die McCarthy-Ära und den Kalten Krieg.

2 – Der Rosenberg Fund for Children (RFC), der 1990 von Robert Meeropol gegründet wurde, unterstützt die Kinder von Aktivisten, die in den USA Opfer staatlicher Verfolgung wurden.

## Neu gegründet

**Eberswalde (bbp).** Am 14. Januar hat die Grüne Jugend Barnim-Uckermark (GJ BarUm) sich neu gegründet und mit den Sprecherinnen Sarah Diering und Carolin Gleichmann, dem Schatzmeister Nico Redlich, der Geschäftsführung Nicola Funcke und dem Beisitzer Landelin Winter einen Vorstand gewählt. Eine erste Aktion ist eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit Jusos und Linksjugend.

## Freie Wähler wollen in den Bundestag

**Bernau (bbp).** Die Landesvereinigung Brandenburg der Freien Wähler, die eng mit BVB/Freie Wähler zusammenarbeiten, hatten am 4. Januar auf einer Mitgliederversammlung in Bernau ihre elfköpfige Liste für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nominiert. Auf Platz 1 und damit Spitzenkandidat der Freien Wähler Brandenburg ist der Landesvorsitzende Jörg Arnold, gefolgt von Dr. Stefanie Gebauer aus Kremmen und Matthias Stefke aus Blankenfelde-Mahlow.

Ziel sei die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde und somit ein Einzug in den Bundestag. Viele Menschen in Brandenburg stellen sich oft die Frage, wen sie heute noch wählen sollen», stellt Jörg Arnold fest. »Genau für diese Menschen treten wir an. Wir bieten fernab von ideologischen Debatten bürgerorientierte

Lösungen. Durch unsere starke kommunale Verankerung als politische Kraft der Mitte kennen wir Themen und Herausforderungen der Menschen vor Ort und wollen diese Sicht in den Bundestag tragen. Wer eine andere Politik von der Regierung erwartet, muß auch andere Parteien wählen!«

Den Schwerpunkt im Wahlkampf bilden neben der Renten- und Familienpolitik die Forderung nach Verbesserung der inneren Sicherheit sowie den Erhalt des Gesundheitssystems. Weitere Themen sind die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, mehr Tempo bei der Digitalisierung und mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den ländlichen Raum.

Nach aktuellen Umfragewerten würden die Freien Wähler am 23. Februar 1,8% erreichen.

## Lichterfelder Weihnachten

*Geschenke und Lieder vom Dorfverein*

Seit seiner Gründung beschenkt der Dorfverein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. zweimal im Jahr, zu Ostern und zu Weihnachten, Lichterfelder Bürger. Am Vormittag des Heiligen Abends wurde der Präsentkorb diesmal MANFRED DUMKE überreicht.



FOTO: SILVIA ZACHARAS (GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V.)

und Alaska mit einem Kanu. Der Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. wünscht Manfred Dumke das Allerbeste, vor allem weiterhin eine robuste Gesundheit!

Bereits am 14. Dezember stimmte der Dorfverein im Rahmen einer Weihnachtsfeier der PROCURAND SENIORENRESIDENZ in Lichterfelde zusammen mit den Bewohnern und der Belegschaft wieder Weihnachtslieder an. Das Programm führte von »Bald ist Niklausabend da« bis zu »Oh du Fröhliche«.

In den Pausen zwischen den Liedern trugen die Vereinsmitglieder Weihnachtsgedichte und -geschichten vor, die sie zum Teil eigens für diesen Anlaß geschrieben hatten. Zum Abschluß wurden den Senioren kleine Leckereien überreicht. Nach dem Grillen und mit gebackenen Waffeln, Kaffee und Glühwein, von der Heimleitung für die Bewohner organisiert, fand ein schöner, gemütlicher Nachmittag seinen Abschluß.

Zum Frühjahr oder Sommer soll es einen weiteren Auftritt des Dorfvereins in der Seniorenresidenz geben, bei dem dann fröhliche und muntere Volkslieder vorgetragen werden.

Dr. ANDREAS STEINER



FOTO: HOPPE (PROCURAND SENIORENRESIDENZ)

Der rüstige 88jährige war noch bis ins hohe Alter Jäger, Zeit seines Lebens ein begeisterter Naturfreund sowie ein umtriebiger sportlicher Mensch. In Lichterfelde und Umgebung gehen zahlreiche Baumpflanzungen auf seine Eigeninitiative zurück. Darüber hinaus hat er in seinem Leben wahrscheinlich mehr von der Welt gesehen als zehn andere seiner Zeitgenossen.

Bereits in der Jugendzeit – von Abenteuerliteratur inspiriert – setzte er sich zum Ziel, seine »Sehnsuchtsorte« aufzusuchen. Nach der Wende ergab sich schließlich diese Möglichkeit und er besuchte 50 Länder der Erde in Nord- und Südamerika, Afrika, Zentral- und Südostasien sowie Australien. Darunter waren spektakuläre Reisen wie die Fahrt mit einem Geländewagen von Kapstadt über das Okavangodelta bis zu den Viktoria-Wasserfällen und die Bezwingung des Yukon in Kanada



# Von Bürgernähe keine Spur

*Neue Grundsteuer-Hebesätze in der Gemeinde Schorfheide*

**In ihrer Sitzung am 4. Dezember haben die Schorfheider Gemeindevertreter mehrheitlich eine neue Hebesatzsatzung für die in der Gemeinde ab dem 1. Januar 2025 zu zahlenden Grundsteuern beschlossen. Am 8. Dezember erging eine Beschwerde an die untere Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim wegen des Umgangs mit einem Einwohnerantrag, der zur Änderung der Hebesätze am 4. Dezember vorgelegt wurde.**

Die Verfahrensweise mit diesem Einwohnerantrag hat viele Fragen aufgeworfen. Ich habe noch nie so eine Gemeindevertretersitzung erlebt. Unser Einwohnerantrag, mit dem eine Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuerberechnung angestrebt wird, wurde durch den Vorsitzenden der Gemeindevertreter Matthias Gabriel (Bündnis Schorfheide), der den Antrag entgegennahm und an die Gemeinderatsmitglieder weiterleitete, ausgehelt.

Einen Tag später teilte der Vorsitzende Gabriel mit, daß »nur die Gemeindevertreter Anträge stellen dürfen«. Gemäß Kommunalverfassung § 13 sind aber Einwohneranträge erlaubt und ein Mittel der Bürgerbeteiligung.

Die Gemeindevertreter erhielten die Beschlusvorlage zur Änderung des Hebesatzes erst am 29.11.2024, vier Tage vor der Abstimmung. In der Debatte verzichtete die Verwaltung auf einführende Erläuterungen. Man hatte den Eindruck, die Beschlusvorlage sollte schnell durchgewunken werden.

Es waren die beiden Gemeindevertreter der Fraktion FRISCHER WIND FÜR SCHORFHEIDE (Alexander Regling und Dr. Andreas Steiner), die sich für die Bürger stark machten. Fragen zur aufkommensneutralen Berechnung des Hebesatzes wurden kurz und abwegig durch

die Gemeindeverwaltung beantwortet. Proteste der anwesenden Bürger wurden unterbunden. Für deren Wortmeldungen gebe es ja in der Bürgerfragestunde Gelegenheit – so der Tenor des Gemeinderatsvorsitzenden Gabriel.

Katharina Slanina (Die Linke) bemerkte lapidar, daß Härtefälle berücksichtigt werden sollten. Sie forderte aber keine überprüfbare Verfahrensweise dazu und stimmte für den neuen Hebesatz – obwohl die geforderte Aufkommensneutralität offensichtlich nicht gewährleistet wird. Sie zeigte sich damit in einem neuen Gewand, ganz anders als bei ihrer Bürgermeisterkandidatur, was sehr enttäuschend für mich war.

Die Gemeindevertreter der Fraktionen der CDU, SPD, WIR, Bündnis Schorfheide und Linke beschlossen innerhalb weniger Minuten den Hebesatz, der für sehr viele Bürger Mehrkosten bedeutet und nicht aufkommensneutral festgelegt wurde. Die Fraktion FRISCHER WIND FÜR SCHORFHEIDE hatte eine namentliche Abstimmung beantragt. Das genaue Abstimmungsergebnis der einzelnen Gemeindevertreter kann somit im Sitzungsprotokoll nachgelesen werden.

Tausende Euro Mehreinnahmen in der Gemeinde Schorfheide mit einem Federstrich, so der Eindruck. Eine gravierende Interessenlo-

sigkeit der Vertreter der Fraktionen CDU, SPD, WIR, Bündnis Schorfheide und Linke machte sich für mich augenscheinlich breit. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die Frage: Handeln die genannten Abgeordneten überhaupt als unabhängige Volksvertreter oder vielmehr im Interesse des Bürgermeisters Wilhelm Westerkamp?

Unser Einwohnerantrag auf Senkung des Hebesatzes, aufkommensneutral, wurde nicht einmal erwähnt, wie gesagt ausgehelt. Deshalb unsere Beschwerde.

In der Gemeinde Schorfheide sind viele Bürger mit der Arbeitsweise des Bürgermeisters unzufrieden. Beispielhaft sind hier zu nennen: unzureichendes Verkehrskonzept, geschlossene Türen am Sprechtag, Begehren nur mit Termin, fehlende Informationen für die Bürger, wie Amtsblatt, Abfallfibel, Schorfheidekurier (geht nicht mehr an die Haushalte). Laut dem Bürgermeister soll sich jeder Bürger Informationen in der Gemeindeverwaltung selber abholen, auch ältere und behinderte Personen. Bürger ohne Informationen lassen sich wohl einfacher regieren?

Den Eindruck der fehlenden Bürgernähe haben sicher etliche Bürger der Gemeinde Schorfheide und vielleicht sollten diese Bürger eine Bürgerinitiative starten, denn die Bürger bezahlen die Gemeindeverwaltung, den Bürgermeister und die Gemeindevertreter – und haben ein Mitspracherecht durch die gewählten Vertreter der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis Schorfheide, WIR und Linke, die am 4. Dezember 2024 leider durch ihr Verhalten keine Bürgernähe gezeigt haben. So jedenfalls mein Eindruck.

ELLEN BARON-SIMON

Fußgängerbrücke über den Finowkanal in Finowfurt:

## Warten auf den Neubau

**Finowfurt (bbp).** Der Einsturz und Abriß der Holzbrücke über den Finowkanal in Finowfurt zwischen dem Gewerbegebiet an der B 167, der Schloßgutsiedlung und weiterführend dem Fachmarktzentrum im Juli 2021 gehöre »nicht gerade zu den Ruhmesblättern der Gemeindeverwaltung«, meint JOHANNES MADEJA.

Im März 2024 beobachteten Spaziergänger am Finowkanal, wie Mitarbeiter eines Vermessungsbüros die Wassertiefe im Bereich der einstigen Brücke ermittelten. Die Gemeindeverwaltung informierte, daß die neuen Planungs- und Bauunterlagen »derzeit beim Wasser- und Schiffsamt zur Prüfung und Genehmigung« liegen. Sie ging damals davon aus, »daß das neue Bauwerk im Frühherbst dieses Jahres installiert werden« könne (Schorfheidekurier 2/2024, 22.3.2024).

Der Frühherbst verstrich und am 16. Oktober nutzte Johannes Madeja die Einwohnerfragestunde zur 2. Sitzung der Gemeindever-

tretung Schorfheide um das Thema anzusprechen: »Wenn man sich rechtzeitig um die Stabilität der Brücke statt um Belag und Seitenbegrenzung gekümmert hätte, dann würde die Brücke heute noch stehen. Hiermit frage ich: In welcher Weise wurden die Verantwortlichen, eher Unverantwortlichen, zur Verantwortung gezogen und wann wird nun endlich wieder eine neue Brücke stehen? Die Anwohner und Nutzer der Brücke haben für eine so lange Wartezeit auf ein kleines Fußgängerbrückchen kein Verständnis.«

In der Sitzung wurde dem Fragenden eine schriftliche Antwort versprochen. Die Antwort des Bauamts gab es im Dezember, allerdings nicht schriftlich, sondern nur online in der Schorfheider »Bürgerinfo«.

»Dem Einsturz der Brücke ging eine Beschwerdelage hinsichtlich Lärmes und Vandalismus im Umfeld der Brücke voraus. Durch Zeugen wurde beobachtet, wie eine größere

Gruppe von Jugendlichen auf der Brücke in Bewegung war, was dazu führte, daß die Brücke einer enormen Belastung ausgesetzt war. Die Gemeinde hat Anzeige wegen Sachbeschädigung gegen Unbekannt gestellt. Das Verfahren wurde eingestellt. Die Gemeinde ist entsprechend rechtlicher Vorhaben ihrer Pflicht zur Brückenkontrolle regelmäßig nachgekommen.

Die Ersatzbrücke wird schmaler sein, um in jedem Fall zu gewährleisten, daß kein Fahrzeug das 'Fußgängerbrückchen', was sie auch schon vorher war, nutzt. Die polizei- und wasserrechtliche Genehmigung wurde Anfang Oktober erteilt, so daß der finale Auftrag für die Fertigung der Brücke erteilt werden konnte. Nach jetzigem Stand ist davon auszugehen, daß die Brücke im 1. HJ 2025 aufgebaut wird.«

Nicht nur der Fragesteller hatte nach dieser Antwort weitere Fragen. Naheliegender sei, daß hier die Verwaltung versucht, von eigener Nachlässigkeit, von eigenem Verschulden, abzulenken. »Mit dieser Antwort, die mehr als nur fadenscheinig ist«, so Johannes Madeja, »haben sich das Bauamt der Gemeinde und der Bürgermeister einen Bärendienst erwiesen.«

# Dystopische Prognose aus dem Jahr 1948

Hannah Arendt im Vorfeld des 1. arabisch-israelischen Krieges

Die amerikanische Zeitschrift *Commentary* veröffentlichte in der Maiausgabe 1948 unter dem Titel: *To Save the Jewish Homeland: There is Still Time* (Noch kann man die jüdische Heimat retten)<sup>1</sup> einen Beitrag von Hannah Arendt zu den Spannungen und dem beginnenden arabisch-israelischen Krieg. In ihrer Analyse der aktuellen Entwicklung im zionistischen und nicht-zionistischen Judentum stellt sie für den Fall eines militärischen Sieges Israels dem kurz danach proklamierten Staat eine düstere Prognose, die sich gegenwärtig erfüllt.

Viele Chancen zur Entfaltung einer jüdisch-arabischen Freundschaft sind schon vertan worden, aber dieses Scheitern ändert nichts an der einfachen Tatsache, daß die Existenz von Juden in Palästina davon abhängt, daß sie erreicht wird...]

Es gibt keinen Zweifel, wie das Ergebnis eines umfassenden Krieges zwischen Arabern und Juden ausgehen wird. Man kann viele Schlachten gewinnen, ohne den Krieg zu gewinnen. Und bis jetzt (April/Mai 1948 - H.L.) ist es noch nicht zu einer wirklichen Schlacht gekommen.

Aber selbst wenn die Juden den Krieg gewinnen würden, sein Ende würde nur dazu führen, daß die einzigartigen Möglichkeiten und einzigartigen Ergebnisse des Zionismus in Palästina zerstört würden. Das Land, das daraus entstehen würde, wäre etwas ganz anderes als der Traum des Weltjudentums, sei er zionistisch oder nicht-zionistisch. Die »siegreichen« Juden würden im Umfeld einer durchgängig feindlich gesinnten arabischen Bevölkerung leben. Isoliert innerhalb ständig bedrohter Grenzen. Die Erfordernisse der Selbstverteidigung der nackten Existenz würden sie derart beanspruchen, daß ihr alle anderen Interessen und Handlungen untergeordnet werden müßten. Die Entwicklung einer jüdischen Kultur würde aufhören, die Sache des ganzen Volkes zu sein: soziale Experimente müßten als unpraktikabler Luxus aufgegeben werden; das politische Denken würde sich auf militärische Strategie konzentrieren; die wirtschaftliche Entwicklung würde ausschließlich von den Erfordernissen des Kriegs bestimmt. Dies wäre das Schicksal einer Nation - unabhängig von der Frage, wie viele Einwanderer sie aufnehmen kann und wie weit sie die Grenzen ausdehnen könnte (ganz Palästina und Transjordanien, so die verrückte Forderung der Revisionisten) - einer Nation, die stets ein kleines, zahlenmäßig unterlegenes Volk bleiben würde, das von feindlichen Nachbarn umgeben ist.

Unter diesen Bedingungen (das hat Ernst Simon<sup>2</sup> betont) würden die Juden in Palästina zu einem dieser kleinen Kriegerstämme degenerieren, über deren Möglichkeiten und Bedeutung uns die Geschichte seit den Tagen von Sparta gründlich belehrt hat. Ihre Beziehung zum Weltjudentum wäre problembelastet, weil ihre Verteidigungsinteressen mit denen anderer Länder, in denen viele Juden leben, kollidieren könnten. Die Juden in Palästina würden sich möglicherweise von dem größeren Körper des Weltjudentums abtrennen und in ihrer Isolati-

on zu einem ganz neuen Volk werden. Es wird also offenkundig, daß zur Zeit und unter den gegenwärtigen Bedingungen die Errichtung eines jüdischen Staates nur durch die Preisgabe der jüdischen Heimat erfolgen kann.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen geht Hannah Arendt auf die aktuellen Auseinandersetzungen im Mandatsgebiet im Frühjahr 1948 ein. Zum Zeitpunkt der Abfassung ihres Aufsatzes war der Staat Israel noch nicht gegründet, die Briten als Mandatsmacht noch nicht abgezogen. Das geschah erst am 14./15.Mai 1948.

Hannah Arendt weiß um die ersten bewaffneten Scharmützel zwischen Juden und Arabern, betont aber, daß die palästinensischen Araber sich in dem Konflikt bisher sehr zurückgehalten haben. An den Kämpfen mit den Juden seien vor allem »Freiwilligenverbände« der arabischen Nachbarstaaten beteiligt.

Aber die Evakuierungen von Haifa und Tiberias seien sehr undurchsichtige Vorgänge im arabisch-jüdischen Krieg. Ohne gründliche Vorbereitung seien solche Evakuierungen schwer vorstellbar. Es sei aber auch unwahrscheinlich, daß Tausende von Einwohnern spontan ihre Existenz aufgeben hätten, um die muslimische Welt aufzurütteln, selbst wenn die arabischen Führer das beabsichtigt hätten.

Hannah Arendt verweist auf das Massaker von Deir Yassin (9.4.1948 - H.L.), das unter den arabischen Palästinensern Angst und Schrecken verbreitet habe. (Beginn der Vertreibung von etwa 700.000 Palästinensern, arabisch »Nakba« - H.L.)

Sie geht auch auf einen Anschlag der Irgun (zionistische Terrororganisation) auf wartende arabische Arbeiter vor eine Raffinerie in Haifa ein, in der Juden und Araber jahrelang gemeinsam gearbeitet haben.

Das Ziel dieser Anschläge besteht nach Arendt darin, den Zorn der Araber gerade an den Orten anzustacheln, wo die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Gruppen noch nicht zerstört waren. Dadurch sollte auch die jüdische politische Führung abgehalten werden, irgendwelche Neigungen zu Verhandlungen zu zeigen.

Die Terroristen »schufen eine Atmosphäre der faktischen Komplizenschaft, die die wichtigste Voraussetzung für die Machtergreifung der terroristischen Gruppen ist. Und in der Tat hat kein jüdischer politischer Führer versucht, die Irgun daran zu hindern, allen Arabern im Namen der jüdischen Gemeinschaft den Krieg

zu erklären. Den lauwarmen Protesten der Jewish Agency und der Haganah<sup>3</sup>, die wie immer hinterherhinkte, folgte zwei Tage später die Erklärung in Tel Aviv, daß Irgun und Haganah über ein Abkommen verhandelten.

Dem Angriff der Irgun auf Jaffa, der zunächst von der Haganah verurteilt wurde, folgte ein Abkomme der Zusammenarbeit und die Entsendung von Einheiten der Haganah nach Jaffa. Dies zeigt, in welchem Ausmaß die politische Initiative bereits in terroristischen Händen liegt.«

Hannah Arendts Vorschlag zur Lösung des Konflikts sieht einen Verzicht auf die Umsetzung des UN-Teilungsplanes vor, um eine föderative Lösung des Konflikts herbeizuführen. Sie nennt dafür auch ganz konkrete Bedingungen:

Den Verzicht auf die Gründung eines souveränen jüdischen Staats. Die Unabhängigkeit Palästinas könne nur auf der Basis einer jüdisch-arabischen Kooperation erfolgen.

Alle terroristischen Gruppen müßten ausgeschaltet und die terroristischen Akte rasch bestraft werden.

Kommunale Selbstverwaltung und gemeinsame jüdisch-arabische Gemeinde- und Stadträte seien die einzig realistischen Mittel, die zu einer politischen Emanzipation Palästinas führen könnten.

Es ist nicht verwunderlich, daß Hannah Arendt in Israel kaum rezipiert wurde, denn sie stellt die offizielle Darstellung des jüdisch-palästinensischen Konflikts in Frage und insistiert auf der Notwendigkeit der jüdisch-arabischen Kooperation im eigenen Interesse.

Ihre Analyse ist vor gut 75 Jahren erschienen und endet mit den Worten: »Es ist noch nicht zu spät.«

Das war wohl schon 1948 eine zu optimistische Feststellung. Ihre dystopische Prognose ist aber gültig.

übersetzt und zusammengefaßt von  
HARTMUT LINDNER

1 - Hannah Arendt, *To Save the Jewish Homeland: There is Still Time*. In *Commentary*, Vol. 5, (May 1948)

2 - Ernst Simon, geb. 1899 in Berlin, gest. 1988 in Jerusalem, Philosoph und Historiker, 1934 Emigration nach Palästina, Hochschullehrer an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Freund Leo Baecks, Kritiker der israelischen Staatsgründung, trat für einen binationalen jüdisch-palästinensischen Staat ein.

3 - Haganah, eine zionistische paramilitärische Organisation im Mandatsgebiet, Vorläufer der 1948 gebildeten israelischen Armee, in die auch kooperationsbereite Teile der Irgun integriert wurden.



## Palästinensisch-israelischer Dokumentarfilm »No Other Land«: **Zeugen des Unrechts**

*Ein Film über Freundschaft, Widerstand und die Suche nach Gerechtigkeit*

**Letztlich nähert sich eine Reihe von Baggern langsam, aber unentwegt einer einfachen Häuseransammlung. Der vorderste fährt zielgerichtet auf eines der Häuser zu, seine Schaufel berührt, im ersten Moment fast sanft anmutend, dessen Wand, bringt sie zu Fall – und überfährt schonungslos den Rest des Hauses, samt der spärlichen Habseligkeiten. Der Bagger macht weiter, schafft Fakten. Er zerstört unwiederbringlich, was bis kurz zuvor Lebensmittelpunkt der Bewohner war – der von Palästinenserinnen und Palästinensern. Schreie sind zu hören. Ohnmacht, Wut und Verzweiflung stehen den Umstehenden ins Gesicht geschrieben. Es ist schwer erträglich, kaum mitanzusehen.**

Der Dokumentarfilm »No Other Land« geht unter die Haut. Zeigen die jungen palästinensisch-israelischen Filmemacher BASEL ADRA und YUVAL ABRAHAM doch genau das, was seit 1948 im Zuge der Staatsgründung Strukturelement Israels ist und bis heute andauert: die Vertreibung, die Landnahme und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung, und die damit verbundene alltägliche Gewalt und Willkür durch die Besatzungsmacht, die ständige Ungewißheit und drohende Räumung. Dies war, das konnte u.a. der israelische Historiker ILAN PAPPÉ anhand der Auswertung von Militärchive nachweisen, kein zufälliger Kollateralschaden, sondern Folge einer gezielten Politik der ethnischen Säuberung.

Um dieses Unrecht zu thematisieren und darüber in Austausch zu kommen, gerade angesichts der damals aktuellen Brutalität des Gaza-Krieges und der verengten, verzerrten Darstellung hierzulande, hat sich im Frühsommer letzten Jahres der Palästina-Kreis Eberswalde zusammengefunden.

Nach Infoständen und Plakataktionen ist die Filmvorführung die erste größere öffentliche Veranstaltung der Gruppe. Dank des Kinobetreibers des örtlichen Movie Magic Kinos gelang es, den Publikums- und Dokumentarfilmpreisgewinner der letztjährigen Berlinale am 2. Februar endlich nach Eberswalde zu bringen. Der außergewöhnlich starke Andrang an der Abendkasse und die insgesamt immerhin 170 Besucher zeigen das hohe Interesse am Thema.

Vorab erinnert ein Sprecher der Gruppe daran: »Das, was der Film zeigt, ist der Frieden, von dem die Rede ist, das ist der sogenannte 'Normalzustand!'« Der Film ist vor Oktober 2023 gedreht. Über fünf Jahre hinweg haben die beiden Regisseure den Siedlungsbau im Westjordanland dokumentiert – der Beginn einer Freundschaft. Obwohl sie nur wenige Kilometer entfernt wohnen, könnte ihre Lebensrealität kaum gegensätzlicher sein.

Im Mittelpunkt steht die Bergregion Masafer Yatta. 1980 wurden deren Dörfer von Israel zur »geschlossenen militärischen Übungszone« und damit Tabu-Zone erklärt – ein Vorwand, um dort künftig Siedlungen zu errichten, wie Militärdokumente später enthüllen. Folglich bringt eine junge israelische Armeegehörige

gegen Dorfbewohner vor, sie seien hier illegal. Später läßt das Militär einen Brunnen mit Zement fluten. Warum nicht weichen, angesichts der Übermacht? »Wir haben kein anderes Land, wo wir hinkönnen«, klagt eine Frau, die seit jeher in dem Dorf wohnt. Die Zuschauer werden zu Zeugen des Unrechts.

Auch wenn es schwer fällt, im Nachgang Worte zu finden, »darüber zu schweigen wäre falsch«, beginnt eine Vertreterin der Gruppe den Auftakt zu Diskussion und Fragen. Viele offene Fragen bleiben, die Gruppe arbeitet an einem passenden Format für eine anknüpfende Auseinandersetzung: Birgt der aktuelle Waffenstillstand in Gaza tatsächlich Grund zur Hoffnung? Was hat der Nahost-Konflikt eigentlich mit uns zu tun? Eine Frage, die an Infoständen gestellt wurde. Und nicht zuletzt, warum wird hierzulande mit verschärfter Härte gegen Gegner des Kriegskurses Israels vorgegangen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Gruppen verboten, friedlicher Protest kriminalisiert, palästina-solidarische Äußerungen zensiert? Autoritäre Geschütze von Staatsseite – und zwar alles im Namen der Bekämpfung des Antisemitismus. So u.a. die Ende Januar erst beschlossene Bundestagsresolution »Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegengetreten sowie den freien Diskursraum sichern«. Wie ist es um den »freien Diskursraum« bestellt, wenn Kritik am israelischen Staat mit Judenfeindlichkeit gleichgesetzt wird? Wenn die Regierungsparteien mit den Stimmen von CDU/CSU und der AfD (!) am 7.11. letzten Jahres eine Resolution zum »Schutz jüdischen Lebens« beschließen, die den Titel »Nie wieder ist jetzt!« trägt, also ausgerechnet den Schwur von Buchenwald instrumentalisiert?

Schlußwort des Abends bildet ein Zitat aus der wenige Tage zuvor gehaltenen Rede einer Sprecherin des Vereins Jüdische Stimme zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, dem Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27.01.: »Nie wieder muß für alle gelten, sonst passiert es nicht nur schon wieder, sondern immer wieder.«

CLAUDIA UHLMANN

Der Palästina-Kreis Eberswalde trifft sich am Freitag, 21.02., Info unter palaestinakreis-ew@web.de

## **Eine rote Sonne geht unter über dem Gazastreifen**

*Keine Kurzgeschichte von Hemingway*

Das Bildmaterial Nr. 379 zeigt einen riesigen Hund, der im Gebüsch etwas abnagt. »Wai, wai, er hat den Terroristen gepackt, der ist weg – im wahrsten Sinne des Wortes«, sagt der Soldat, der den Hund filmt, der gerade in einem Gebüsch einen Leichnam frißt. Nach wenigen Sekunden schwenkt der Soldat die Kamera und fügt hinzu: »Was für ein großartiger Sonnenuntergang. Eine rote Sonne geht unter über dem Gazastreifen.«

Dieses Video ist eines von Tausenden, die der Historiker LEE MORDECHAI in einer Datenbank zusammengetragen hat, in der Kriegsverbrechen der israelischen Armee in Gaza dokumentiert sind. Neben Videos finden sich hier Fotos, Zeugenaussagen und Berichte.

Dokumentiert werden zum Beispiel die Erschießung einer Frau mit einem Kind, die eine weiße Fahne schwingt. Hungerige Mädchen, die um Brot anstehen, werden zerquetscht. Ein 62 Jahre alter Mann, dessen Hände gefesselt sind, wird von einem Panzer überrollt. Ein Luftangriff zielt auf Leute, die einem verwundeten Jungen helfen wollen.

Das berichtet NIR HASSAN in der Ausgabe von Haaretz am 5.12.2024. Das sind Alltagsszenen aus dem Militäreinsatz in Gaza. Die israelische Propaganda bezeichnet die israelische Armee (IDF) als die »moralischste Armee der auf der Welt«.

übersetzt, zusammengestellt und kurz kommentiert von HARTMUT LINDNER

Marcus Faber (FDP):

## **Terror ist legitim**

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Marcus Faber (FDP), hält den Einsatz von Terror als Mittel der Kriegsführung für legitim. »Gegnerische Soldaten im Kriegsgebiet auszuschalten, ist Teil eines Krieges«, sagte Faber, wie im Dezember das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) berichtete. Kurz zuvor wurde in Moskau der Chef der ABC-Abwehr der russischen Streitkräfte IGOR KIRILLOW und sein Adjutant mittels Bombenanschlag ermordet. Für Faber ist Moskau offenbar Kriegsgebiet. Das läßt tief blicken.

Bereits in der Vergangenheit hüllte sich das offizielle Berlin zu Anschlägen auf russische Journalisten, Politiker und dem Terror der Ukraine gegenüber Zivilisten in vornehmes Schweigen. Lediglich von der Außenministerin ANNALENA BAERBOCK war schon mal zu hören, daß sie Drohnenangriffe auf Moskau gut fände. Annalena eben. Doch nun wird ganz offen Terror legitimiert, von Politikern, die bislang als seriös galten.

## Ganzheitliche Ernährung (46)

Fast jeder hatte schon einmal Pickel. Das ist ganz normal. Problematisch wird es, wenn die Entzündungen massiv zunehmen.

Dann spricht man von Akne, ein Problem, von dem nicht nur Teenager betroffen sind. Auch Erwachsene leiden darunter. Bei Akne kommt es zu großen, entzündeten Knoten oder zu eitrigen schmerzhaften Pusteln auf der Haut. Dies kann sogar soweit gehen, daß die Akne Narben auf der Haut hinterläßt.

Bei Erwachsenen wird Akne oft mit mangelnder Hygiene und Hautpflege in Verbindung gebracht. Doch damit hat Akne nichts zu tun. Aus der Angst heraus, als unhygienisch wahrgenommen zu werden, verwenden viele Betroffene aggressive Reinigungsmittel. Dadurch gerät die Haut oft noch mehr aus dem Lot. Für die tägliche Pflege sollten Sie deshalb sanfte Reinigungsmittel mit einem hautneutralen pH-Wert von 5,5 verwenden.

Ursache der Akne sind die Hormone, die Ernährung und Streß.

Hormonell bedingt werden bei Akne zu viele Hornzellen und Talg produziert. Wenn die Haut infolge Talgüberschuß zu sehr verhornt, dann verstopfen die Poren, was zu Entzündungen führen kann. Sollten über einen längeren Zeitraum große Hautflächen massiv entzündet und gereizt sind, dann sollten Sie den Hautarzt aufsuchen.

Aber auch unsere Eßgewohnheiten können die Akne befeuern. Je instabiler der Blutzucker ist, desto mehr blüht die Akne auf. So sollten Sie beim Frühstück auf das Weizenbrötchen mit Frischkäse und dem Latte macchiato dazu verzichten. Auch gezuckerte Cornflakes oder Müslis sind absolut nicht zu empfehlen. Auf Ihrem Speiseplan sollte lieber Vollkornbrot stehen. Ein warmes Porridge ist nur dann empfehlenswert, wenn Sie Kuhmilch gut vertragen. Oftmals bemerken Akne-Betroffene eine Verschlechterung durch Kuhmilch.

Bei vielen Betroffenen herrscht zugleich ein Ungleichgewicht der Mikroorganismen im Darm, was das Immunsystem in Aufruhr versetzen kann. Deshalb ist es ratsam, viel buntes Gemüse und Ballaststoffe zu verzehren. Ebenfalls hilfreich ist pflanzliches Eiweiß, z.B. aus Hülsenfrüchten wie Linsen, Erbsen, Bohnen und Kichererbsen. Gute pflanzliche Öle aus Olivenöl und Avocado unterstützen den Aufbau einer guten Darm- und Hautbarriere. Ebenfalls hilfreich sind Omega-3-Fettsäuren aus Walnüssen, Leinsamen oder fettem Fisch.

Schließlich hilft ein gutes Streßmanagement, um die Balance des Mikrobioms zu unterstützen. Hier sollten Sie darauf achten, genügend Schlaf zu bekommen, bei regelmäßiger körperlicher Bewegung. Sie sollten nicht an die Belastungsgrenze gehen, eine moderate Belastung ist ausreichend.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

Bernau feiert seinen Ehrenbürger:

## Der 100ste Geburtstag von Konrad Wolf

**Der berühmte Regisseur Konrad Wolf, Sohn des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf und Bruder des Leiters der DDR-Auslandssionage Markus Wolf, würde 2025 100 Jahre alt sein, wäre er nicht bereits am 7. März 1982 gestorben.**

Sein Leben ist in vielerlei Hinsicht beeindruckend: Er wuchs im schwäbischen Hechingen auf und mußte mit acht Jahren mit seiner Familie in die Sowjetunion emigrieren. Dort wuchs er im Kreis von Gleichaltrigen im idyllischen Peredelkino in der Nähe von Moskau auf. Seine Freundschaft mit dem Sohn eines deutschen emigrierten Kommunisten und dem Sohn eines US-amerikanischen Journalisten überdauerte den 2. Weltkrieg und die Zeit des Kalten Krieges. Er wollte diese Freundschaft über die Grenzen hinweg in einem Film »Die Troika« darstellen, doch bevor er das Projekt konkret in Angriff nehmen konnte, verstarb er. Sein Bruder Markus hat es dann auf seinen Wunsch hin als Buch verarbeitet und publiziert.

Mit 17 Jahren wurde Konrad Wolf in die Rote Armee eingezogen und diente dort als Übersetzer. Er sah die Grausamkeit des Krieges vom Schwarzen Meer bis Berlin. Für kurze Zeit war er im April 1945 der erste sowjetische Stadtkommandant von Bernau bei Berlin. Diese Lebensgeschichte hat er in dem Film »Ich war neunzehn«, der überwiegend in und um Bernau gedreht wurde, dargestellt. Von 1949 bis 1954 studierte er an der Moskauer Filmhochschule und schloß sein Studium mit dem Diplom-Film »Einmal ist keinmal« ab.

Danach arbeitete er als Regisseur bei der DEFA, wo er vor allem anspruchsvolle und kritische Gegenwartsfilme drehte. In diesen Filmen setzte er sich mit der Bewältigung des

nationalsozialistischen Faschismus, mit dem Leben als Widerstandskämpfer, mit den durch Faschismus und Krieg zerstörten Lebensentwürfen und Illusionen, mit den Hoffnungen und Brüchen des sozialistischen Aufbaus, mit der Frage, wer bin ich und wo stehe ich, auseinander. Insbesondere das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen beschäftigte ihn Zeit seines Lebens. Die Auswahl von Filmstoffen, sein hoher filmischer Anspruch, seine neorealistische Umsetzung brachte ihn mehrfach in Konflikt zu den Obrigkeiten. So wurden seine Filme »Sonnensucher« und »Leute mit Flügeln« in der DDR langfristig verboten.

Von 1965-1982 war er Präsident der Akademie der Künste der DDR. Von da an lebte er einen Spagat zwischen politischem und künstlerischen Anspruch. Wenn er Einfluß nehmen konnte, dann tat er das im Sinne von künstlerischer Freiheit. Wenn er keinen Einfluß nehmen konnte, ging er auf Studienreisen. Sein Glaube an die Kraft der sozialistischen Entwicklung als positiv für die Menschen, an das Kollektiv, blieb trotz politischer Repressionen ungebrochen. So setzte er sich in einer Koproduktion der DEFA mit den sowjetischen Lenin-Filmstudios unter Mitarbeit von bulgarischen Film-Studios 1971 in dem Film »Goya - oder der arge Weg der Erkenntnis« intensiv mit dem Verhältnis von Kunst, Kirche und Macht auseinander.

Konrad Wolf hat bis zu seinem Tod sechzehn Filme gedreht. Einige davon sind in Cannes, Moskau und auf anderen Film-Festivals ausgezeichnet worden. Er ist Ehrenbürger der Stadt Bernau. Sein Leben spiegelt die Brüche von sorgenfreier Kindheit, Aufwachsen als Emigrantenkind in der Fremde, Konfrontation mit den Greuel des nationalsozialistischen Überfalls auf die Sowjetunion als jugendlicher, Leben mit deutscher und russischer Identität, dann Konfrontation von sozialistischer und kapitalistischer Lebens- und Wirtschaftsorganisation wider.

Dieses bewegte Leben würdigen am 14. März die Urania Barnim in Zusammenarbeit mit der Stadt Bernau in einer Festveranstaltung. Die Veranstaltung beginnt um 14 Uhr mit Vorträgen zur künstlerischen Leistung von Konrad Wolf, zu seiner Würdigung als Ehrenbürger der Stadt Bernau und zu seinem Leben als Mensch. Im Anschluß an die Vorträge wird ab 17 Uhr der Film »Sonnensucher« gezeigt. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei. Um Anmeldung bei der Urania unter [urania-barnim.de](http://urania-barnim.de) wird gebeten.



Konrad Wolf (Mitte) 1980 beim Solibasar der Berliner Journalisten auf dem Berliner Alexanderplatz.

FOTO: THOMAS TOBLER

Dr. DIETER KORCZACK

# Saat der Freundschaft

**Eberswalde (bbp).** Am 11. Februar zeigte die Schmatzkammer im Eberswalder Rofinpark eine filmische Dokumentation über die Reise der ersten Generation der SEEDS OF FRIENDSHIP/SEMILLAS DE AMISTAD (Saat der Freundschaft) im Januar 2023 nach Kuba.<sup>1</sup>

Die SEEDS OF FRIENDSHIP sind ein Austauschprojekt zwischen jungen Menschen aus der BRD und Kuba. Ziel ist es, im Bereich der sozioökonomischen Ökologie voneinander zu lernen und gemeinsam nachhaltige Konzepte zu entwickeln. An diesem Abend stellte außerdem die zweite Generation ihre Crowdfunding Kampagne vor und berichtete über den in diesem Jahr geplanten Austausch.

Im Dezember hat die Initiative zudem im ROFINPARK einen ausrangierten Container aufgestellt, der im Frühjahr zum Prototyp eines Landwirtschaftsbaukastens ausgebaut werden soll mit Küche, Lager und Labor zum gärtnern, lagern und haltbarmachen von Gemüse und Kräutern. Nach diesem Prototyp sollen weitere Container ausgestattet werden, die dann zu Partnern nach Kuba verschifft werden sollen.

Die Ideen dazu brachte die erste Generation von ihrer Kubareise mit. Kuba ist stark von der Blockade- und Embargopolitik der USA und seiner Verbündeten betroffen. Die Menschen dort sind oft Selbstversorger. Die Container sollen beim Gärtnern auch in städtischer Umgebung helfen. Genutzt werden dabei die reichen Erfahrungen, die die Kubaner beim ökologischen Anbau in Kleinstfarmen bereits sammeln konnten. Neben der konkreten materiellen Hilfe für die Menschen in Kuba wol-

len die Mitglieder der Initiative auch hier in der BRD die »Landwirtschaft zurück in die Stadt« bringen. So ein urbaner Garten nach kubanischem Vorbild soll im ROFINPARK angelegt werden. Dort soll es dann auch Umweltbildungsprojekte für Studierende und Schülerinnen und Schüler geben.

»Unsere Vision ist es, in Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, kleine Landwirtschaftsbetriebe dezentral aufzubauen und bestehende Strukturen zu stärken. Ausgehend von Kuba wollen wir auf der Basis agrarökologischer Prinzipien die Ernährungssouveränität fördern und ein Wissensnetzwerk aufbauen, das den interkulturellen Austausch und klimaresiliente Anbaumethoden fördert.«<sup>2</sup> Das bedeutet nachhaltig gesunde und biologische Lebensmitteln anzubauen, kombiniert mit bodenverbessernden und wasserschonenden Maßnahmen wie dem Mulchen.<sup>3</sup>

1 – siehe auch: »Impressionen aus Kuba« im Rathaus, in: BBP 9/2024, S. 7

2 – [www.seedsoffriendship.org](http://www.seedsoffriendship.org) (abg. am 8.2.25)

3 – siehe auch: »Mulch total – Ein Weg in die Zukunft« von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm, OLV Organischer Landbau Verlag Kurt Walter Lau, Kevelaer, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage 2017, ISBN 978-3-922201-18-2

## Nach nur zwei Wochen Panzer statt Waggon

### Wasserstoffzüge ohne Treibstoff

Groß Schönebeck (bbp). Auf der Heidekrautbahn zwischen Berlin und Groß Schönebeck waren nach dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2024 neue mit Wasserstoff angetriebene Züge unterwegs. Insgesamt hat die Niederbarnimer Eisenbahn für die von ihr betriebenen Strecken 38 neue Züge gestellt, davon 31 batteriebetriebene und sieben Fahrzeuge, die mit Wasserstoff fahren. Letztere waren auf den Strecken ohne elektrische Oberleitung dann auch in Betrieb.

Allerdings lediglich zwei Wochen. Ab dem 27. Dezember standen die Züge erstmal auf dem Abstellgleis. Der Grund: Der Wasserstoff war alle. Wie der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) mitteilt, habe die beauftragte Firma Enertrag Schwierigkeiten, ausreichend Wasserstoff zu beschaffen.

Der Wasserstoff wird aktuell »klimaschonend« per LKW unter anderem aus Frankfurt am Main und Österreich zur NEB gefahren, wo die Züge in einem personal- und zeitintensiven Verfahren direkt aus den Tanklastwagen betankt werden.

**Görlitz (bbp).** Das Waggonwerk in Görlitz gibt es seit 175 Jahren. Seit einigen Jahren gehört es dem französischen Zughersteller Alstom. Derzeit werden Doppelstockwagen und Straßenbahnen gebaut. Nun will der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS das Werk übernehmen und dort ab 2026 Bauteile für Panzer wie Leopard 2, Puma und Boxer produzieren.

Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete dies als ein neues Kapitel in der Industriegeschichte der Stadt. Die Produktion in Görlitz solle »für mehr Sicherheit« in der BRD. Kritik kam von der sächsischen Linkspartei und dem BSW, die den Branchenwechsel und den damit verbundenen Stellenabbau scharf kritisierten. Die Regierenden opfern den »so wichtigen Eisenbahnbau im Namen der Kriegstüchtigkeit«, so STEFAN HARTMANN, Landesvorsitzender der Linken in Sachsen. Gegen die »Militarisierung der Gesellschaft« argumentierte JENS HENTSCHEL-THÖRICH vom BSW und forderte, statt in Rüstung mehr in Infrastruktur, Bildung und soziale Projekte zu stecken. Das Aus für Bahnwaggonen in Görlitz konterkarierte zudem die propagierte Verkehrswende.

ZENAPA  
Zero Emission Nature Protection Areas



## Die Klimaschutzrubrik (2)

**Der Naturpark Barnim strebt in Zusammenarbeit mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin im Rahmen des EU-Projekts ZENAPA an, treibhausgasneutrales Großschutzgebiet zu werden. Deren Klimaschutzmanager JAN BUCHNER stellt vielfältige klimaentlastende Maßnahmen vor, die es jedem ermöglicht, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen.**

### Heizungstausch

Der Austausch einer veralteten Heizung gegen eine moderne und energieeffiziente Variante bringt nicht nur Vorteile für die Umwelt, sondern kann auch erhebliche Einsparungen bei den Heizkosten mit sich bringen.

Bei der Auswahl der geeigneten Heizung für ein Wohngebäude spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Dazu gehören unter anderem die Qualität der Gebäudedämmung, die Effizienz der Wärmeverteilung sowie die Verfügbarkeit von Brennstoffen und die lokalen Energiepreise. Für den Heizungstausch bieten sich unterschiedliche Optionen an, sie weisen individuelle Besonderheiten auf.

### Vorteile eines Heizungstauschs

Moderne Heizungsanlagen sind im Vergleich zu älteren Modellen deutlich effizienter und benötigen weniger Energie, um die gewünschte Wärmemenge zu erzeugen. Durch den Einsatz einer modernen Heizung können langfristig Heizkosten eingespart und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck reduziert werden. Moderne Heizungen sorgen für eine gleichmäßigere Wärmeverteilung, was besonders in größeren Häusern den Wohnkomfort erhöht. Zudem sind sie in der Regel wartungsfreundlicher, beispielsweise erfordert eine Wärmepumpe keinen Schornsteinfeger.

### Holzheizung – eine nachhaltige Alternative

Die Holzheizung kann eine nachhaltige Alternative für viele Haushalte in Brandenburg darstellen. Dabei kommen in unserer Region unterschiedliche Arten von Holzheizungsanlagen in Betracht. Gefördert wird der Einbau einer Biomasseheizung durch die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau ([www.kfw.de](http://www.kfw.de)).

Eine Holzheizung nutzt Holz als Brennstoff in Form von Hackschnitzeln, Holzbriketts, Holzpellets oder Scheitholz. Die Heizsysteme sind oft auf einen bestimmten Brennstofftyp spezialisiert, obwohl es auch Kombikessel gibt, die mehrere Brennstoffe nutzen können. Die Wahl des passenden Heizsystems hängt von der regionalen Verfügbarkeit der Brennstoffform ab. Jede Form bietet eigene Vor- und Nachteile, welche bei der Wahl des Heizsystems abzuwägen sind.

»Schön, Herr Schweyk, daß ich Sie hier treff. Vielleicht könnens mir ein bissl helfen, denn ich blick nicht mehr so ganz durch bei der Vielzahl von Prozessen, die derzeit gegen die Verschwörer um den Herrn Prinz Reuß, den Heinrich den XIII., angestrengt werden. Das ist ja kaum zu überschauen.«

»Da versteh ich Sie gut, das ist alles etwas unübersichtlich, eine Verschwörung und drei Prozesse in drei verschiedenen Städten! Also das muß schon eine große Sache sein. Der Heinrich XIII. steht in Frankfurt mit 9 weiteren Angeklagten vor Gericht und sitzt in Untersuchungshaft wegen eines geplanten Staatsstrechs und Hochverrats. Das ist keine Kleinigkeit, aber darunter tut es die Bundesanwaltschaft nicht. Für Eierdiebe sind die nicht zuständig. Bei Hochverrat aber schon, selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die Hochverräter vielleicht keine Eierdiebe, aber doch rechte Stümper sein sollten.«

»Und worum geht es in den anderen Prozessen, in Stuttgart und München?«, fragt die Tazlerin.

Schweyk: »Ja, auch in Stuttgart und München laufen Prozesse gegen weitere 17 vermeintliche Verschwörer und Mitglieder einer terroristischen Vereinigung, die an die Stelle der Bundesrepublik eine andere politische Ordnung setzen wollten. Eine neue politische Ordnung, die nun nicht ganz so neu sein sollte, sondern sich am Kaiserreich der Hohenzollern, ja, Sie hören schon recht, am Bismarckreich, orientieren sollte. Die eingefleischten Reichsbürger erkennen die Staatlichkeit der BRD nicht an.«

»Sie ignorieren also die Geschichte des 20., des letzten Jahrhunderts, solche Leute gibt's bei uns und sie werden immer mehr?«

»Man knüpft gerne an die Erfolgsgeschichte des 19. Jahrhunderts an, als die Deutschen, einen Platz an der Sonne – nicht auf der Sonne – also ein recht irdisches Kolonialreich anstrebten. Ja, damals lag Deutschlands Zukunft noch auf dem Wasser und Seefahrt tat Not. Da war der Optimismus Staatsreligion, als der Kaiser Wilhelm II. verkündete: Ich führe euch glänzenden Zeiten entgegen! Das war eine ganz andere Gefühlslage, da gab es keine Krisen und kein Krisengeschwätz, da war man einfach optimistisch gestimmt und seiner selbst sicher. Uns kann keener! Und damals hatten die Großmächte noch Respekt vor Deutschland. Jeder sehnte sich danach, Bündnispartner des Deutschen Reiches zu sein. Egal, ob Russen oder Engländer, sogar die Italiener wurden in den Dreibund aufgenommen. Der Erbfeind Frankreich allerdings stand abseits. So stand man mal da in der europäischen Politik, und wo steht Deutschland heute? Fragen Sie nicht Ihren Arzt oder Apotheker, die können da nicht helfen.«

»Wo kein Helfer in Sicht ist, muß man sich eben selbst helfen«, wirft die Tazlerin ein.

»Das hat sich der XIII. Heinrich, Prinz von Reuß, auch gedacht, der Pechvogel, der, weil

Eine neue Lieferung aus dem AGA:

## Schweyk zum Reichsbürgerprozeß

abgeschrieben von Hartmut Lindner

**Als Schweyk das Café Einstein betritt, winkt ihn die Tazlerin, die einen Stapel Zeitungsausschnitte neben Ihrem Latte Macchiato liegen hat, an ihren Tisch.**

er es allein nicht stemmen konnte, er war auch schon etwas in die Jahre gekommen, eben ein paar treue Helfer engagiert hat.«

»Das war ein bemerkenswert buntes Völkchen«, kommentiert die Tazlerin, »aber eine ausgesprochen schlagkräftige Truppe? Was meinen Sie?«

»Schauen Sie sich die gefährlichen Verschwörer und deren viel gefährlicheres Denken mal etwas genauer an!«

Die Tazlerin blättert in ihren Zeitungsausschnitten, holte einen heraus und erklärt: »Da ist eine Exilrussin, ehemalige Studentin der Kunstgeschichte, die zwar nicht das Außenministerium der neuen Regierung übernehmen sollte, aber immerhin die Abteilung RUS, wofür sie sich im Chat artig bedankte. Sie hatte schon vorher zum russischen Generalkonsulat Kontakt aufgenommen. Als Justizministerin hatten die Putschisten die ehemalige Abgeordnete der AfD und Berliner Richterin Malsack-Brinkemann, also eine echte Fachfrau, vorgesehen.

Auch Rüdiger P., ein ehemaliger Kommandeur eines Fallschirmjägerbataillons, war für die 270 oder 280 geplanten Heimatschutzkompanien als Kommandeur vorgesehen, die die 'Säuberungen' nach dem erfolgreichen Putsch durchführen sollten. Da gab es schon Namenslisten! Er lud die Verschwörer gerne in seinen 'Adlerhorst' oder den 'Gefechtsstand', also seine bescheidene Wohnung, zur vertraulichen Beratung ein. Das klingt schon gefährlich. Die hatten ja auch Waffen. Das war doch keine harmlose Skatgesellschaft!«

Schweyk ergänzt: »Weil der 'Prinz' eben ein vorausschauender Mann war, hatte man auch eine Hellseherin in den engeren Kreis aufgenommen. Da war man auf der sicheren Seite, jetzt konnte also eigentlich gar nichts schief gehen.«

»Ich verstehe«, nickt die Tazlerin.

»Die Rettung Deutschlands und des Weltfriedens stand unmittelbar bevor. Der 'Dark State', jenes von den Verschwörern gefürchtete Phantom, das in geheimen militärischen Tunnelanlagen (DUMBs) entführte Kinder quälte und deren Blut abzapfte, um das Verjüngungsextrakt Adrenonchrom zu gewinnen, das von vielen Prominenten, deren Namen bekannt sind, ich nenn sie hier bewußt nicht, googlen könnens' ja selber, konsumiert wird, stand kurz vor dem Aus, denn die Machenschaften des 'Dark State' sollten durch ihren Gegenspieler die 'Allianz', eine geheime Armee der Siegermächte des 2. Weltkriegs, gebrochen werden. Im Zuge dieser 'Umgestaltung' sollte durch die Gruppe Reuß der Umsturz auch in Deutschland erfolgen. In der Datierung war man sich zwar noch etwas

unsicher, wußte aber, daß der Entscheidungskampf unmittelbar bevorstand. Immerhin lag die britische Königin im Sterben. Ihr Tod wäre ein symbolträchtiges Fanal gewesen.«

Die Tazlerin schüttelt den Kopf: »Das kann man kaum glauben, daß das geglaubt wird und den Staat gefährden sollte, so daß die Bundesanwaltschaft damit befaßt wird.«

Schweyk: »Was sagte denn die Staatsanwaltschaft dazu?«

Die Tazlerin blättert in ihren Zeitungsausschnitten. »Eine gute Frage. Ja, hier hab ich es, die Bundesstaatsanwaltschaft verwahrt sich strikt gegen diese Darstellung: 'Wir finden das überhaupt nicht lustig, wenn durch das Herausstreichen der komischen Seite die wirkliche, die reale Gefahr, die von dieser hochverräterischen terroristischen Gruppe ausging und vielleicht auch noch ausgeht, ausgeblendet und unsere harte Arbeit ins Lächerliche gezogen wird. Immerhin umfassen die Ermittlungsakten mehr als 430.000 Seiten, die wir in mühevoller Arbeit zu einer 700 Seiten starken Anklageschrift zusammengefaßt haben. Wer sagt uns denn, daß wir alle Verschwörer erfaßt und gefaßt haben? Hier gibt es nichts zu lachen, hier ist äußerste Wachsamkeit angezeigt.'

In der Tat bedienen sich einige Verteidiger der Strategie, die Sache ins Lächerliche zu ziehen und die Zurechnungsfähigkeit der gefährlichen Straftäter in Zweifel zu ziehen. Wer nicht zurechnungsfähig ist, ist auch nicht schuldhaftig. Deshalb läßt sich der Prinz auch gerne in der Presse als dementer Trottel porträtieren und treten die anderen als schrille Tröten und bemitleidenswerte Deppen auf. So soll die Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden. Da wird in der Presse schon von 'Rollator-Putschisten' geschmuzzelt und die Bundesanwaltschaft verlacht.«

Schweyk kratzt sich am Kopf: »Das ist alles kein Spaß. Mir hat ein Mitarbeiter der Anklage in einer Prozeßpause in Stammheim, als er meine Skepsis spürte, ins Gesicht gesagt: Schweyk, sinds vorsichtig, wir kennen Sie, Sie haben diesen Trick auch immer wieder angewandt, sich einfach blöd stellen, den Trottel spielen, ja den superarbitrierten Halbidioten, wenn wir uns recht erinnern. Wenn Sie weiter solche Reden führen, dann setzen wir Sie auch gleich wegen Beihilfe zur Verdeckung von hochverräterischen Straftaten mit auf die Anklagebank. Da wirds dann nichts aus Ihren Verabredungen am Freitag um 6 nachm Krieg in Prag im Kelch.«



Zur Erinnerung und Mahnung!

## Wehrmachtsjustiz in Bernau

Im 80. Jahr der Befreiung der Völker Europas vom deutschen Faschismus durch die alliierten Streitkräfte, hier der in den Kampfverbänden der Roten Armee handelnden sowjetischen und polnischen Einheiten, ist es geboten, an diese Geschehnisse zu erinnern. Wer über Kriegsbereitschaft und Kriegsfähigkeit debattiert und diese unterstützt, sollte wissen, was dieser Weg für die Beteiligten bereithält, wenn Waffen zum Einsatz kommen. Welche Leiden, gewollt oder nicht, auf diesem Weg durch die unterschiedlichen Formen des Wirkens der Tatbeteiligungen, verursacht werden.

Laotse formulierte vor etwa 2000 Jahren: »Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.« Schauen wir zurück in das Jahr 1945 und den Feldzug der Wehrmachtsjustiz des Deutschen Heeres (alle Waffengattungen).

Die Wehrmachtsjustiz des Dritten Reiches war ein »Schwert zur Erzeugung von politischer Konformität und Disziplin« der Soldaten, mit der »Manneszucht als allgemeinen Leitgedanken, die wie Ehre und Treue [...] den Schutz der materiellen und geistigen Wehrkraft zum Ziele« habe.<sup>1</sup> Kriegsstrafordnungen wurden erlassen. Tausende Richter kamen zum Einsatz.

Die Kommandeure des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, Feldgendarmerie, Feldjäger, Gestapo und andere Sondereinheiten hatten die Aufgabe, all jene zu ergreifen und der Justiz zuzuführen, die überleben wollten.

Der Führer formulierte am 26.5.1944: Denn der Staat stehe auf dem Standpunkt »da das Leben ein Kampf ist, und zwar ein ewiger Kampf - ein Grundsatz, der jedem Offizier zu eigen sein muß [...] ist ein Mensch, der nicht kämpfen will, lebensuntauglich, und wird daher beseitigt, und zwar rücksichtslos beseitigt.«<sup>2</sup>

## Unser Dämel ...

»Unser Dämel ist in Memel«, reimten die Berliner Straßenjungs im Winter 1806/07 über den preußischen König FRIEDRICH WILHELM III., der nach der verheerenden Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 vor den napoleonischen Truppen nach Memel an der äußersten Grenze Ostpreußens geflohen war. Diese Reime wären damals, hätte der »Dämel« in Berlin noch über Macht verfügt, als Majestätsbeleidigung geahndet worden. Aber Friedrich Wilhelm war ja in Memel.

Noch-Wirtschaftsminister ROBERT HABECK ist nicht nach Memel geflohen. Auch wenn er vielleicht nach dem Scheitern der Ampel allen Grund dafür hätte. Er ist noch in Berlin und will gar künftiger Kanzler werden. Weil er nicht in Memel hockt, wurde Habeck auch nicht als »Dämel« bezeichnet.

Allerdings hatte ein 64-jähriger Rentner in Unterfranken in Bayern einen vor zwei Jahren auf Twitter (heute X) geposteten »Haback-Meme« im Juni 2024 »retweeted«, d.h. erneut weitergeleitet. Das zwei Jahre alte Meme zeigt

Dieses Schicksal ereilte:

- **Egon Schier**, geb. 7.5.1925 in Köln, verurteilt am 22.2.1945 vom Standgericht der V. Feldjäger-Regiment (mot.) 3 »wegen Fahnenflucht zum Tode, zum Verlust der Wehrwürdigkeit und der Bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit«<sup>3</sup>, in Bernau hingerichtet am 25.2.1945. An Egon Schier erinnert heute eine auf dem Bernauer Friedhof, Abteilung H, verlegte Tontafel mit seinem Namen.

- **Karl-Heinz Hoffmann**, geb. 13.3.1920 in Düsseldorf, hingerichtet 9.3.1945 in Bernau<sup>4</sup>

- **Starz, Felix**, geb. 24.11.1918 in Himmlingsweiler, hingerichtet 31.3.1945 in Bernau<sup>5</sup>

Alle drei sind bestattet im Gräberfeld H des NEUEN FRIEDHOF Bernau.<sup>6</sup>

Die Unterlagen der Kriegsgerichtsurteile sind lückenhaft überliefert. Die Wissenschaftler in Ost und West, die sich mit diesem Thema beschäftigten, schätzen die Anzahl der Todesurteile auf 18.000 bis 50.000<sup>7</sup>. Die konkreten Plätze der Erschießungen in oder nahe Bernau sind derzeit nicht bekannt.

Der nächste bekannte Hinrichtungsplatz der Wehrmachtsjustiz befand sich in der Murellenschlucht in Berlin, im Bereich des Wehr-

ein Bild von Habeck mit dem Werbespruch »Schwarzkopf professional«, allerdings geändert in »Schwachkopf professional«.

Ein »professioneller Schwachkopf« ist eine in sich widersinnige Wortkombination, die allein genommen schon anzeigt, daß das eine - sicherlich nicht nett gemeinte - Satire ist. Aber eben eine Satire. Ein professioneller Politiker weiß sowas, sollte man meinen.

Der bayerische Rentner machte andere Erfahrungen. Eines morgens im November stand die Kriminalpolizei vor dessen Tür. Laut Beschluß des Amtsgerichts Bamberg sei angeordnet worden, »daß sämtliche Räume, Nebenräume und Fahrzeuge nach Mobiltelefonen, internetfähigen Endgeräten und digitalen Speichermedien 'ohne vorherige Anhörung' durchsucht und Gefundenes beschlagnahmt werden soll«. Die Weiterleitung der oben erwähnten Bilddatei sei durch den Beschuldigten erfolgt, »um Robert Habeck generell zu diffamieren und ihm sein Wirken als Mitglied der Bundesregierung zu erschweren«. Berichtet wurde, daß



Foto: Karl-Heinz Jäschke

Gedenktafel für Egon Schier, der 19-jährig starb, weil er leben wollte.

bezirkes III, 1945 unterstellt dem Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, Heinrich Himmler. Andere waren den Wehrmachtsgefängnissen Anklam und Torgau zugeordnet.

Die Feldjäger-Regimenter unterstanden direkt dem OKH (Oberkommando des Heeres). Deren Standgerichte gliederten sich nicht in die Kommandostruktur der Wehrmacht, der Luftwaffe und der Marine ein.

Am 22.4.1945 wurde in und um Bernau bei Berlin nicht mehr gekämpft.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE, Arbeitskreis Gedenken

1 - Kommentar zum Militärstrafgesetzbuch (Schwinke) sh. Auszug in Manfred Messerschmidt in »Die Wehrmachtsjustiz« 1933 - 1945 S. 428

2 - ebenda S. 428

3 - B563/119982 Urteil

4, 5, 6 - Karteikarten Friedhofsverwaltung Bernau

7 - Fritz Wüllner in Das Torgau-Tabu S. 30

die Anordnung wie geschrieben umgesetzt und der 64-jährige Mann »wie ein Schwerverbrecher« verhört wurde.

Der aufgeklärte Staatsbürger möge nun einwenden, daß es »Majestätsbeleidigung« in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat gar nicht gibt. Wohl ein Irrtum, auch wenn es nicht mehr um »Majestäten« geht. Laut dem Amtsgerichtsbeschuß »befahrt« die Staatsanwaltschaft »das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung. Dies« - also die Habeck betreffende Satire - »ist strafbar als gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung gemäß §§ 185, 188 Abs. 1, 194 StGB«. Inzwischen heißt es, die zuständige Staatsanwaltschaft Bamberg habe auf Anfrage der Rheinischen Post bestätigt, daß der Strafantrag »durch Herrn Dr. Habeck ... gestellt« wurde.

Der arme Mann. Zweifelloses ein Zeichen von Schwäche. Ohne dem Herrn Kinderbuchautor und Noch-Minister mit Kanzlerambitionen persönlich zu nahe treten zu wollen, würde ich meinen, daß Berliner Straßenjungs heute wohl rufen würden: »Unser Dämel blieb in Berlin«. Das reimt sich allerdings nicht.

**Wandertips**

von BERND MÜLLER

**Sternwanderung zum Wolletzsee**

Sonnabend, 22. Februar, mit Wildschwein am Spieß.  
 Im Winter verwandelt sich das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin in eine magische, (manchmal) verschneite Welt. Wir wandern auf dem Wolletzsee Rundweg (Markierung: grüner Punkt), der sich in weiten Teilen am Seeufer entlang schlängelt. Im Winter spiegelt sich der kühle, klare Himmel im gefrorenen Wasser, weiße Silberreiherr sind leuchtende Punkte vor dem zart braun gefärbten Schilfgürtel, während sich rundherum die Natur in sanften, schneebedeckten Hügeln und Bäumen zeigt. Nach 4,5 Kilometern erreichen wir das Strandbad Wolletzsee. Ein ganz besonderer Höhepunkt für NaturFreunde und Feinschmecker ist das Wildschwein am Spieß, das direkt am Seeufer, umgeben vom Winterwald, verzehrt werden kann. Die UM FLEISCH & WILD GmbH lädt ab 12 Uhr ein, die Köstlichkeiten wie Wildschwein am Spieß (solange der Vorrat reicht), Wildbratwurst, Glühwein und andere wohltuende Heißgetränke inmitten der winterlichen Natur zu genießen. Für Unterhaltung ist ebenfalls gesorgt: Kinder und Erwachsene können sich beim Filzhutwerfen und der Holzski-Gaudi vergnügen. Ein unvergeßlicher Tag für die ganze Familie!  
 Treff: 10 Uhr Wolletz Dorfmitte, Zur Apfelallee 8, 16278 Angermünde Ortsteil Wolletz. Für die Rückfahrt organisieren wir einen Bus (Zusatzkosten).

**Watzmann an der Mariannenschlucht**

Sonnabend, 8. März, Wanderung mit Klaus Schuchter an der Barnim-Kante mit kultureller Einlage.  
 Bereits auf historischen, rund 120 Jahre alten Wanderkarten und Stadtplänen ist der »Watzmann-Berg« zu finden. Und auch wenn er mit seinen 1.062 Dezimetern nicht ganz an seinen alpinen Namensvetter heranreicht, sind wir die einzige Region außerhalb Bayerns, die einen Watzmann vorzuweisen hat.  
 Die 7-km-Wanderung endet im Künstlerhaus Morgenröte des Opernsängerehepaars Inna & Gunter Wurell, wo uns ein kulturelles Programm mit Kaffee und Kuchen erwartet (im Preis enthalten).  
 Treff: 13 Uhr Platz vor Amtsverwaltung Falkenberg-Höhe, Karl-Marx-Straße 2. Gebühren mit Kaffee und Kuchen sowie Kulturprogramm: Erwachsene 15 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwälder Kurkarteninhaber 12,50 Euro, Mitglieder NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg 10 Euro.

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Folge 3 der Friedrich-Wolf-Reihe mit Dr. Dieter Korczak:

**Der Arzt und Dramatiker**

»Kaum Brot und Kartoffeln, sechs Menschen in einer Kammer, wie soll da noch ein siebentes hierin? Sie sind doch Arzt, Sie sehen täglich ja das ganze Elend, Sie müssen mir helfen!« fleht die Hete in Friedrich Wolfs Welterfolg »Cyankali« ihren Arzt in grenzenloser Verzweiflung an. Von diesem literarischen Erfolg, der seit September 1929 die Bühnen der Alten Welt eroberte, spannte Dr. Dieter Korczak kürzlich im Bernauer Treff 23 den Bogen bis zu Wolfs naturärztlichem Ratgeber »Die Natur als Arzt und Helfer«. Die Gäste der Veranstaltung hatten die Wahl, ob ihnen der schreibende Arzt besser gefällt als der praktizierende Schriftsteller. Man ist versucht, eher an den schreibenden Arzt zu denken, wenn man weiß, daß Wolfs »Doktorbuch« bis heute verlegt und im Buchhandel offenbar nicht ohne Erfolg angeboten wird für immerhin stolze 38,83 Euro.  
 Wolfs naturärztliche Empfehlungen waren dann auch Auslöser einer angeregten Diskus-

sion zwischen Dr. Dieter Korczak und den aufgeschlossenen Besuchern unter- und miteinander. Freilich auch auf der Basis des in der bisherigen Vortragsreihe vermittelten Wissens, die unter anderem solche eindrücklichen Werke wie »Professor Mamlock« und das Szenarium zum DEFA-Klassiker »Der Rat der Götter« umfaßte. Darin war auch sehr mitfühlend die Nachricht vom Tod der Schauspielerin Christel Bodenstein eingebunden, die in einer Lebenssequenz Ehepartnerin Konrad Wolfs war.  
 Der Blick öffnete sich nach dieser dritten Staffel zum Leben und Schaffen Friedrich Wolfs für die kommenden Einblicke in das Leben seiner Söhne Markus und Konrad im Verlauf des Jahres 2025.  
 Die sehr sachinteressierten Gäste des Abends dankten Dr. Dieter Korczak mit lebhaftem Beifall für seinen sachkundigen Vortrag.

GERD SCHLEGEL

**»Ein Teppich voller Bilder«**

**Eberswalde (prest-ew).** Die Kleine Galerie der Stadt Eberswalde startete im Januar mit der bereits 316. Ausstellung ins kulturelle Jahr 2025. Die zwei Künstlerinnen Anja Tchepets und Faezeh Shakoori präsentieren bei »Ein Teppich voller Bilder« Originalarbeiten auf Papier sowie digitale Buchillustrationen.  
 FAEZEH SHAKOORI wurde in Teheran geboren und ist seit 2017 als selbständige Künstlerin in Berlin und Brandenburg tätig. Aus ihren Erlebnissen entstanden Bilder, die sie bis heute begleiten: Tiere mit menschlichen Eigenschaften, Insekten, die mit menschlichen Problemen ringen – doch es gibt immer eine Lösung!

ANJA TCHEPETS, geboren in Leningrad, Rußland, lebt und arbeitet nach längeren Aufenthalten in Montreal und New York in Berlin. Die Aufmerksamkeit der Künstlerin für die japanische Kultur und insbesondere für den japanischen Farbholzschnitt wurde früh geweckt. Die einmalige Gelegenheit, diese traditionelle Kunst anhand von Originalen zu studieren, nutzte sie, um eigene handgedruckte und collagierte Bilder zu entwickeln.  
 Die 316. Ausstellung in der Kleinen Galerie in der Michaelisstraße 1 ist noch bis zum 13. März zu den Öffnungszeiten der Sparkasse zu besichtigten. Führungen sind nach telefonischer Anmeldung 03334/65-411 möglich.

**Buchtip: Rabe Richard**

Dies ist die Geschichte vom Raben Richard. Mit seinen Artgenossen fliegt Richard durch die Gärten und Höfe der Bauern, um sich am Futter der Haustiere zu bedienen. Viele Menschen mögen diese Vögel nicht, sehen sie als Schmarotzer, verjagen oder bekämpfen sie.  
 Bauer Erwin wirft mit Steinen nach den schwarzen Vögeln und verletzt Richard derart, daß er nicht mehr fliegen kann. Erwins Frau Ida schafft es, den verletzten Vogel unbemerkt ins Gartenhäuschen zu bringen, wo sie ihn liebevoll gesund pflegt. Dabei entsteht eine innige Freundschaft zwischen den beiden.  
 Der Rabe gibt Ida neuen Lebensmut, denn er ist klug, mutig und liebevoll. Indem er Ida das Leben rettet, schafft es Richard schließlich, auch Erwins Herz zu erobern.  
 Kinderbuch von M. Chritina Kay, ISBN 979-8862583397





## Großes Interesse für neuen Beirat

Im November 2024 hat die Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde auf ihrer Sitzung im Zuge der Überarbeitung der Hauptsatzung mit großer Mehrheit auch die Einführung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen beschlossen. Nach dem Senioren- und Kulturbeirat ist dies nun der dritte Beirat der Kreisstadt, welcher die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker beraten soll. Die Benennung der ersten Mitglieder soll in der StVV am 13. Februar 2025 erfolgen.

Natürlich stellen sich bei der Einführung eines neuen Gremiums auch die Fragen, ob man es überhaupt benötigt und ob es auch interessierte Bürgerinnen und Bürger gibt, die dort ehrenamtlich mitarbeiten möchten. Ich freue mich sehr, daß das Interesse an einer Mitarbeit sehr groß ist. Aktuell haben sich bereits zehn Personen gemeldet, die sich am 13. Februar der Berufung durch die StVV stellen wollen.

Das zeigt mir, daß es eine sehr gute Idee war, dem Thema politisch Raum zu geben. Es

haben sich bisher fünf Männer und fünf Frauen zwischen Anfang 40 und Mitte 60 aus verschiedenen Stadtteilen von Eberswalde mit sehr verschiedenen persönlichen Hintergründen gemeldet. Dies verspricht, daß sich möglichst viele Sichtweisen in dem Beirat widerspiegeln werden, was ich als sehr wichtig für die Arbeit erachte. Und es war richtig, daß wir in buchstäblich letzter Minute die maximale Zahl der Mitglieder des Beirates von neun auf zwölf erhöht haben.

Ausdrücklich möchte ich das Engagement der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen Katrin Forster-König hervorheben und ihr für die fachliche Unterstützung danken. Und ebenso danke ich den Fraktionen der StVV, die mit großer Mehrheit den Weg für den Beirat politisch ebnen und sich auch an der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten beteiligt haben.

MARTIN HOECK,

Vorsitzender der StVV Eberswalde

## Teilhabe am Leben

**Eberswalde/Bernau (prest-ew).** Seit vier Jahren bieten die Städte Eberswalde und Bernau den Stadtpaß an – und er hat sich bewährt. Der Paß ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern Ermäßigungen bei zahlreichen Kultur- und Freizeitangeboten und schafft Synergien. Ein Paß für zwei Städte.

Der Paß richtet sich an Menschen, die aufgrund wirtschaftlicher oder körperlicher Einschränkungen in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt sind, und soll ihnen einen besseren Zugang zu diesen Angeboten verschaffen. In Eberswalde gilt der Stadtpaß für Ermäßigungen bei Besuchen der Stadtbibliothek, des Museums in der Adlerapotheke, des Freizeitbades baff, des Familiengartens, des Zoos sowie bei Veranstaltungen des Kulturamts. In Bernau können mit dem Stadtpaß etwa die Stadtbibliothek, das Museum, die Schwimmbäder Plansche, Freibad Waldfrieden und Waldbad Liepnitzsee sowie das Sportforum vergünstigt genutzt werden. Auch bei Kultur-, Sport- und Stadtveranstaltungen, die von der Stadt oder von ihr geförderten Trägern ausgerichtet werden, wird ein Preisnachlaß gewährt.

Der Stadtpaß ist ein Jahr gültig und kann beim Bürgeramt der Stadt beantragt werden oder verlängert werden, sofern die sozialen Voraussetzungen erfüllt sind. Er ist nur in Verbindung mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepaß nutzbar.

Weitere Informationen: <https://www.eberswalde.de/bildung-soziales/soziale-angebote/anlaufstellen-und-informationen/stadtpass>

## BBP-MV im März

**Eberswalde (bbp).** Am 17. Januar traf sich der Vorstand des Barnimer Bürgerpost e.V. online zu seiner ersten Beratung im neuen Jahr. Im Mittelpunkt standen neben der mündlichen Vorstellung eines neuen Vertriebskonzepts und Vorbereitungen für die geplante Erweiterung der Redaktion insbesondere die für den 22. März geplante Jahresmitgliederversammlung des Vereins.

Neben den Beratungen zum Jahresabschluß 2024 ist ein »Brainstorming« zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Barnimer Bürgerpost vorgesehen. Vor der Versammlung will der Vorstand den Mitgliedern dazu Thesen vorlegen. Nötig sei auch, so der Vorsitzende Sven Weller, über eine Anpassung der seit dreißig Jahren faktisch unveränderten Abo-Preise nachzudenken. Neben steigenden Vertriebskosten sind künftig auch höhere Organisationskosten infolge der Veränderungen in Redaktion und Vertrieb zu erwarten.

Zur konkreten Vorbereitung der Mitgliederversammlung trifft sich der BBP-Vorstand am 21. Februar erneut online.

Anzeige



## Rundum sorglos leben im Alter

### Gemütlich wohnen

- Kleine, seniorengerechte 1-Raum-Wohnungen (35-42 m<sup>2</sup>) mit Küchenzeile und Balkon/Terrasse
- Barrierefreie Zugänge und Aufzug zu allen Wohnungen
- 24 h Hausnotruf möglich
- Zentraler Ansprechpartner und ambulanter Pflegedienst vor Ort
- Servicepakete: Dienstleistungen buchbar, die den Alltag erleichtern
- Auf Wunsch täglich 2 Mittagsmenüs zur Wahl und Frühstück/Abendbrot

### Individuelle Pflege um die Uhr

- Stationärer Pflegebereich mit geräumigen Zimmern
- Aktivierende, rehabilitierende Pflege
- Kurzzeit- und Verhinderungspflege
- Palliativ Care: ein speziell ausgebildetes Team steht für die Begleitung Sterbender bereit
- Integrierte Pflege und Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen
- Gute medizinische Versorgung (Physiotherapie und Kooperationsärzte kommen ins Haus)



Kommen Sie zur Besichtigung vorbei. Termine unter:

**ProCurand Seniorenresidenz Eberswalde**

Beethovenstraße 22 • 16244 Schorfheide OT Lichterfelde  
Telefon 03334 2580 • [www.procurand.de](http://www.procurand.de)

# Senioren bei der Bundestagswahl

Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« hilft beim wählen

Demokratische Teilhabe ist ein Grundrecht, das auch im hohen Alter nicht verloren gehen darf. Deshalb unterstützt die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof bei der kommenden Bundestagswahl am 23. Februar ihre Bewohnerinnen und Bewohner aktiv dabei, wenn sie ihr Wahlrecht ausüben möchten. Dieses Engagement ist Teil der Initiative für politische Teilhabe der drei größten privaten Pflegeheimbetreiber, Compasio, Victor's und Alloheim zur kommenden Bundestagswahl.

Viele unserer Bewohner haben in ihrem Leben aktiv zur Gestaltung der Demokratie beigetragen. Jedoch sind gerade ältere Menschen oder Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oftmals auf Unterstützung angewiesen, um ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Wir haben daher gezielte Maßnahmen ergriffen, um eine reibungslose und barrierefreie Stimmabgabe zu gewährleisten.

In der Altenhofer Einrichtung wird die Möglichkeit der Briefwahl stark genutzt. Dabei helfen die Mitarbeitenden den Seniorinnen und Senioren auf Wunsch bei der Beantragung der entsprechenden Unterlagen. Nach der Stimmabgabe in ihrem Zimmer stellen sie sicher, daß die ausgefüllten Wahlunterlagen rechtzeitig und ordnungsgemäß an die zuständigen Wahlbehörden übermittelt wer-

den. Zusätzlich haben wir noch einen Transfer organisiert, der mobile Bewohnerinnen und Bewohner am 23. Februar zum Wahllokal fährt.

Mit diesen Maßnahmen trägt die Einrichtung dazu bei, daß auch Seniorinnen und Senioren weiterhin Teil des demokratischen Prozesses bleiben und ihre Stimme für die Zukunft unseres Landes abgeben können. Die Alloheim Senioren-Residenz legt dabei größten Wert auf Neutralität. Die Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner erfolgt vollkommen unparteiisch und frei von jeglicher Wahlwerbung. Ziel ist es, allen Wahlberechtigten eine unabhängige und selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen.

ANGELA MATTHES

Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« · 16224 Schorfheide · Krumme Str. 5 · Telefon 033363/523-0 · eMail: werbellinsee@alloheim.de · www.alloheim.de

**Vorabinformation:**  
**Schöne Bücher im Kloster Chorin**  
 Ausstellung, Lesungen, Workshops & Bücherfest

- 3. Brandenburgische Buchkunstausstellung (5. April - 7. September 2025)
- »Sommerlese« im Kloster (Juli-August 2025)
- Berlin-Brandenburgisches Bücherfest (6. und 7. September 2025)

**Frieden Jetzt!** Alexanderplatz 15. Feb 25 13 Uhr

Wir wählen den Frieden

**Holzwochen in Wukania**  
 Freitag (21.2.) bis Dienstag (25.2.)  
 Wukania e.V. · Ruhlsdorfer Str. 45  
 16359 Biesenthal · wukania.net  
 bitte anmelden: holz@gegenseitig.de

**MIETSHÄUSER, SYNDIKAT,**  
 Selbstbestimmtes Wohnen in Zeiten von Gentrifizierung in Eberswalde

15. FEBRUAR 2025  
 INFOVERANSTALTUNG  
 14:30 - 16:30 UHR

Drei Mietshäuser Syndikatprojekte (MHS) in Eberswalde zeigen: Wandel von unten ist möglich! Gemeinschaft, sozial verträgliche Mieten und Könnereit frei von Spekulation – das alles vertreten die Coasite24. Auf in die Röh und die Wohnungsgemeinschaft Di durch das Schaffen von Gemeinereigentum und Selbstorganisation. Der Syndikatverband verbindet darüber hinaus Unversüßlichkeit mit Unabhängigkeit und stärkt Solidarität zwischen Projekten.

Neugierig auf neue Formen von Besitz und gelebter Solidarität? Bringt Freunde, Freundinnen, Familie und Fragen mit! Die Veranstaltung wird unterstützt von "Recht auf Stadt" und "Barnim für alle".

CAFE IM BEZ  
 AMADEU ANTONIO HAUS  
 PRAKFAHRSTR. 12  
 16225 EBERSWALDE

TEE, KAFFEE UND KUCHEN GEGEN SPENDE

## Barnimer Bürgerpost

**Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«**

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle  per Lastschrift  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift \_\_\_\_\_

**Widerrufsrecht:** Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

\_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift \_\_\_\_\_

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)**

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)  
**eMail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de  
**internet:** www.barnimer-buergerpost.de  
**redaktion:** G. Markmann (viSdP), T. Tobler  
**druckerei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088  
**redaktionschluss:** 5. Februar 2025

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßig 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. März 2025.